

Sozioökonomische Determinanten rechtsextremistischer Wahlerfolge im vereinten Deutschland

„Republikaner“ und NPD bei den Europawahlen 1994 und 1999*

Von Ralph Rotte und Martin Steininger

Abstract

Empirical research on the determinants of right-wing extremist election successes is still dominated by descriptive statistical methods. The existing literature in political economy and political science mainly relies on interviews and survey results as well as on qualitative analyses of party organizations and programs. Contrary to this approach, in this study we try to identify significant, structural socio-economic factors which determined the vote for the right-wing „Republikaner“ party and NPD in the two recent elections of the European Parliament in Germany. We use a new data set on the level of German counties (*Kreise*) that is analyzed econometrically by a FGLS random effects panel model. The results we obtain are partly in stark contrast to empirical findings discussed in the mainstream literature and in the public. The resulting, most important areas of political action against extremist parties seem to be education, a differentiated labor market policy, social work with adolescents, and the maintenance of a generous system of social security and welfare.

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie identifiziert durch die ökonometrische Auswertung eines selbsterstellten neuen Datensatzes auf Kreisebene die statistisch signifikanten sozio-ökonomisch-strukturellen Faktoren, die die Stimmenanteile der „Republikaner“ und der NPD bei den beiden letzten Wahlen zum Europäischen Parlament bestimmten. Die Resultate der „ökologischen Analyse“ stehen teilweise im Gegensatz zu den bisherigen Ergebnissen der empirischen Forschung und insbesondere zu den in der Öffentlichkeit genannten Bedingungen rechtsextremistischer Wahlerfolge. Sie unterstreichen insbesondere die Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen West- und Ostdeutschland sowie unter den rechtsextremen Parteien. Als zentrale strukturelle Handlungsfelder der demokratischen Politik in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus werden die differenzierte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die

* Für hilfreiche Kommentare und Anregungen bedanken sich die Autoren bei dem Herausgeber dieser Zeitschrift, zwei anonymen Gutachtern sowie Christoph M. Schmidt, Gerhard Hirscher und den Teilnehmern der ESF/EURESCO-Konferenz „Migration and Development: Second Generation Immigrants and the Transition to Ethnic Minorities“ in Acquafredda di Maratea (Neapel) im Mai 2000.

Jugendarbeit und die Beibehaltung bedarfsgeprüfter, wesentlicher Transferleistungen des Sozialstaates herausgearbeitet.

JEL-Klassifikation: D60, D72, I28, J60, P16

1. Einleitung

Nach der deutlichen Zunahme wahrgenommener rechtsextremer Aktivitäten in der Bundesrepublik steht die Frage der Bekämpfung des Rechtsextremismus wieder akut im Mittelpunkt der öffentlichen und parteipolitischen Diskussion. Beispielhaft hierfür ist die Debatte um ein Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht. Insbesondere auch die unter massiver populistischer und ausländerfeindlicher Propaganda zustande gekommenen Erfolge der DVU (in Sachsen-Anhalt 1998, Bremen und Thüringen 1999) sowie die Behauptung der Republikaner als relevante politische Kraft zumindest in Baden-Württemberg zeigen in zum Teil besorgniserregender Weise, dass das etablierte bundesrepublikanische Fünf-Parteiensystem (aus SPD, CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) für ein bedeutendes Wählerpotential offenbar nicht mehr attraktiv genug ist (Menudier, 1998). In dieser Hinsicht stellt der in Parteien organisierte Rechtsextremismus zusammen mit der linksextremen Ablehnung des bundesrepublikanischen Staates und dem wachsenden Desinteresse der Bevölkerung an Wahlen aufgrund eines gesteigerten Misstrauens gegen das Berufspolitikertum (z. B. Noelle-Neumann/Köcher, 1993: 652 ff.; Pöttker, 1996) ein gravierendes demokratiepolitisches Problem dar.

Es ist daher von zentraler Bedeutung für die Verhinderung einer dauerhaften parlamentarischen Präsenz undemokratischer Parteien, wenigstens auf Bundes- und Europaebene, die Ursachen für die Wahl rechtsextremer Parteien zu kennen. Hierzu gibt es in der Parteien- und Wahlforschung eine kaum zu übersehende Literatur im nationalen wie im internationalen Bereich. Zu den bevorzugten Instrumenten der Forschung gehören einerseits die Analyse von Inhalt und Struktur rechtsextremistischer Parteiprogramme, der Parteiorganisationen und ihrer Repräsentanten, ihrer Wahlkampfaussagen und ihrer Medienpräsenz, sowie andererseits die empirische Auswertung von Umfrage- und Wahlergebnissen. Letztere beruhen in erster Linie auf der Analyse von Persönlichkeitsstrukturen und sozialen wie ökonomischen Lebensumständen der Befragten.

Verhältnismäßig rar sind hingegen Untersuchungen, die sich mit dem Zusammenhang von Wahlresultaten und bestehenden sozioökonomischen Strukturen auf lokaler oder regionaler Ebene beschäftigen. Soweit solche Studien überhaupt vorliegen, sind sie zudem oft mit dem Manko behaftet, dass das verwendete empirische Instrumentarium (einschließlich der Reich-

weite der genutzten Daten) weder der Komplexität der Fragestellung noch dem *gegenwärtigen Stand der statistischen Methodik* gerecht wird. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die hier vorliegende Untersuchung durch folgende Punkte aus, die ihren inhaltlichen wie methodischen Ansatz prägen:

1. Die Analyse stützt sich ausschließlich auf objektivierbare politische und sozioökonomische Daten. Die Fragestellung richtet sich somit ausschließlich auf die strukturellen Determinanten rechtsextremer Wahlerfolge in Deutschland. Diese, in der sozialwissenschaftlichen Literatur als „ökologische Analyse“ bekannte Vorgehensweise ermöglicht die Identifizierung relevanter sozial- und wirtschaftspolitischer Bedingungen, die von der praktischen Politik durchaus verändert und damit zur Bekämpfung des Extremismus eingesetzt werden können. Ein solcher Ansatz setzt natürlich voraus, dass für das Wahlverhalten tatsächlich gegebene Bedingungen und nicht (falsche) subjektive Perzeptionen relevant sind bzw. die Perzeption der sozioökonomischen Verhältnisse durch den Wähler halbwegs realistisch ist.
2. Die Analyse nähert sich den konkreten Lebensumständen der Menschen vor Ort so weit an, wie dies mit Hilfe aggregierter statistischer Daten überhaupt und angesichts der vorgegebenen Datenlage inhaltlich möglich ist. Sie wertet dazu einen Datensatz aus, der wesentliche sozioökonomische Informationen auf Kreisebene umfasst. Auf dieser Ebene existiert bislang keine Untersuchung für das ganze Bundesgebiet, das hier in seiner Grundgesamtheit abgebildet wird anstatt mit Hilfe mehr oder weniger repräsentativer Einzelbeobachtungen. Natürlich findet sie entsprechend dort ihre Grenzen, wo sie noch nicht auf entsprechende Daten zurückgreifen kann. Ebenso zu beachten ist die grundsätzliche Problematik des „ökologischen Fehlschlusses“, auf die noch einzugehen sein wird.
3. Die hier betrachteten Ergebnisse der Europawahlen 1994 und 1999 wurden aus zwei wesentlichen Gründen ausgewählt. Zum einen waren die Resultate der hier analysierten rechtsextremen Parteien in diesen beiden Wahlen noch verhältnismäßig einfach zu identifizieren und mit den strukturellen Daten der Kreise, die ja zum Teil erheblich von den Wahlkreisen abweichen, zu verbinden. Untersuchungen für die Bundestagswahlen sind wesentlich aufwendiger und erst in Zukunft möglich. Des Weiteren ist aus der existierenden Wahlforschung bekannt, dass die Ergebnisse von Europawahlen als „Denkzettelwahlen“ aufgrund der verbreiteten Geringschätzung der legislativen Rolle des Europäischen Parlaments weniger stark von taktischen Erwägungen der Wähler verzerrt sind als etwa Bundestagswahlen, bei denen die Frage der Regierungs-

mehrheit im Mittelpunkt steht (z. B. Forschungsgruppe Wahlen, 1989; Niedermayer, 1994; Roth, 1994). Hinzu kommt, dass auch Europawahlen traditionell stark von innenpolitischen Themen dominiert werden (z. B. Niedermayer, 1994; Schmitt, 1994; Infratest dimap, 1999). Entsprechend geht diese Studie davon aus, dass Europawahlen besonders aufschlussreich im Hinblick auf die spontane Äußerung der Wählerbefindlichkeit und ihrer sozioökonomischen Einflüsse sind.

4. Die empirische Analyse bedient sich eines statistischen Ansatzes, der in der volkswirtschaftlichen Literatur weitverbreitet ist (Panel Modell), jedoch in den Sozial- und Politikwissenschaften relativ selten verwendet wird. Mit Hilfe dieses Ansatzes liegt ein technisches Instrument vor, das viele der üblichen statistisch-methodischen Probleme empirischer Untersuchungen wenn nicht lösen, so doch in engen Grenzen halten kann.

Die Studie gliedert sich in vier weitere Teile. Abschnitt 2 gibt einen knappen Überblick über empirisch gestützte Ergebnisse zu den Determinanten des Wahlverhaltens bezüglich rechtsextremistischer Parteien und der methodischen Grundproblematik der „ökologischen“ Analyse. Abschnitt 3 geht kurz auf die rechtsextremistischen Parteien in der Bundesrepublik ein. Abschnitt 4 stellt den Datensatz und die Methode der empirischen Untersuchung vor. Abschnitt 5 referiert und interpretiert die Ergebnisse der vorgenommenen Regressionsanalyse. Abschnitt 6 fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen und zieht Schlussfolgerungen für die praktische Politik.

2. Zum Forschungsstand

2.1. Vorbemerkungen

Zur Frage nach den Determinanten der Attraktivität rechtsextremer Gruppen und Parteien und ihrer Wahlerfolge in den achtziger und neunziger Jahren liegt eine große Zahl nationaler und internationaler Forschungsergebnisse vor. Angesichts des europaweiten verstärkten Auftretens rechter Parteien finden sich gerade im letzten Bereich einige interessante Beiträge in empirisch orientierten politikwissenschaftlichen Zeitschriften (vgl. dazu allgemein Ignazi, 1992; Armingeon, 1995). Im folgenden werden einige zentrale Resultate zusammengefasst, die – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – den wesentlichen Stand der auch international rezipierten Forschung zu den Determinanten des politischen Rechtsextremismus zusammenfassen.

Terminologisch ist zunächst das Verhältnis zwischen „extremen“ und „radikalen“ Parteien zu klären. Vereinfacht kann man die „Radikalen“ einerseits als Vorläufer der „Extremisten“ betrachten. Seit den 60er Jahren wurde der im 18./19. Jahrhundert ursprünglich gar nicht negativ besetzte

Begriff nicht nur für linke Gruppierungen, sondern auch für rechte verwendet, die die etablierte gesellschaftliche und politische Ordnung in westlichen Demokratien zu gefährden schienen. Seit Mitte der 70er Jahre wird anstelle des Radikalismus-Begriffes häufig der des Extremismus verwendet. In der Folge gibt es in der wissenschaftlichen und publizistischen Literatur im Grunde bis heute keinen wirklich befriedigenden Grundkonsens bezüglich der begrifflichen Unterscheidung zwischen Extremismus und Radikalismus, insbesondere was die weitverbreitete synonyme Verwendung beider Termini auch in der politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung angeht.

Die begriffliche Entwicklung seit den 70er Jahren geht andererseits mit der Grenzziehung zwischen Gruppierungen und Parteien einher, die sich soweit vom Verfassungskonsens entfernt haben, dass sie vom Verfassungsschutz überwacht werden müssen, und solchen, die sich trotz ihrer, vom politischen Mainstream abweichenden Auffassungen und Aktivitäten formaljuristisch noch auf dem Boden der Verfassung befinden. Als extremistisch werden danach Organisationen und Parteien, Ideologien und Einstellungen bezeichnet, die den demokratischen Verfassungsstaat, den politischen Pluralismus und das freiheitliche Recht auf Opposition ablehnen. Der Begriff des Radikalismus kann sich außerdem eher auf die Art und Weise beziehen, mit der ein politisches Ziel durchgesetzt werden soll, insbesondere durch Gewalt und Terror, während Extremismus auf das politische Ziel und die politischen Vorstellungen selbst abzielt.

Der Verfassungsschutz versteht in Anlehnung an das Bundesverfassungsschutzgesetz und das Strafgesetzbuch unter extremistischen Parteien solche, deren Bestrebungen fundamental gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Wesentliche Prinzipien der letzteren sind dabei (Bundesamt für Verfassungsschutz, 1999a: 3 f.):

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, speziell vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die Volkssouveränität (insbesondere das Recht der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl der Volksvertretung),
- die Gewaltenteilung,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung sowie die der Exekutive und Jurisdiktion an Gesetz und Recht (Rechtsstaatlichkeit),

- das Mehrheitsprinzip einschließlich der Chancengleichheit der demokratischen Parteien und das Recht zur parlamentarischen Opposition sowie
- die Unabhängigkeit der Gerichte.

Unter politischem Extremismus versteht man also zusammenfassend weitgehend verfassungsfeindliche, demokratiegefährdende Strömungen mit mehr oder weniger autoritärer oder totalitärer Zielsetzung auf der Basis einer mehr oder weniger geschlossenen antipluralistischen Ideologie. Dabei ergab sich in Deutschland im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, in denen der Eurokommunismus gesellschaftlich besser etabliert war (z. B. in Frankreich und Italien), die Besonderheit, dass im politischen und wissenschaftlichen Mainstream von einer grundsätzlichen Symmetrie zwischen links und rechts ausgegangen wurde (von Beyme, 1988). Zu beachten ist ferner, dass der Extremismus-Begriff heute so weit gefasst ist, dass sich die Möglichkeit ergibt, ein sehr heterogenes Feld antidemokratischer politischer Gruppen und Weltanschauungen zu erfassen. Im Unterschied zur Radikalismus-Debatte der fünfziger und sechziger Jahre, die sich besonders auf explizit neonazistische bzw. kommunistisch-stalinistische Bewegungen bezog, wird hierdurch auch eine Einordnung von kleinbürgerlichen Protestbewegungen wie des französischen Poujadismus möglich. Die Unterscheidung zwischen „links“ und „rechts“ kann dabei traditionell in erster Linie anhand ihrer marxistisch-leninistischen bzw. ethnozentrisch-chauvinistischen Ausrichtung erfolgen, die sich vor allem in den vorwärts- bzw. rückwärtsgewandten Vorstellungen zur Umgestaltung der Gesellschaft (Verweis auf eine zukünftige Idealgesellschaft bzw. Wiederherstellung vergangener Organisationsformen und Werte) äußert (Scheuch / Klingemann, 1967; Klingemann / Pappi, 1972). Der weite Extremismusbegriff ermöglicht damit auch eine Subsumierung populistischer Strömungen, wie sie insbesondere für einen Teil der „dritten Welle“ des europäischen Rechtsextremismus seit den achtziger Jahren charakteristisch ist.

Der moderne Rechtsextremismus vertritt allgemein eine Mischung von neoliberalen und autoritären Forderungen gegen den Interventionismus des Staates und das politische Establishment und plädiert für den kleinen Mann und den freien Markt; ebenso basiert er auf ethnozentristischen, ausländerfeindlichen und autoritären Positionen. Als Prototyp für eine solche neue Rechtspartei kann nach Teilen der Literatur die französische Front National dienen. Im Unterschied dazu betonen rechtspopulistische Parteien wie die österreichische FPÖ oder die italienische Lega Nord besonders die Opposition gegen das politische Establishment und weniger ethnozentristische Inhalte. Dabei gibt es durchaus eine starke Ausrichtung auf autoritäre Führungspersonlichkeiten, jedoch bauen die Parteien weniger auf verhältnismäßig geschlossenen (ethnozentrisch-rassistischen bis neonazisti-

schen) Ideologien auf als vielmehr auf tagespolitischem Opportunismus mit einer inhaltlich wenig konsistenten Ausrichtung auf das, was beim Wähler gut ankommt (Betz, 1998; Arzheimer/Klein, 1999). Angesichts der dabei fließenden Übergänge wird jedoch im Folgenden – in Anlehnung an die Praxis der Berichterstattung der Verfassungsschutzbehörden – auf eine weitere Differenzierung zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien verzichtet. Das alleinige Kriterium, das im Folgenden für die Frage nach dem extremistischen, d. h. verfassungsfeindlichen Charakter einer Partei oder Gruppierung angewendet wird, ist die Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Durch diese pragmatische Vorgehensweise wird auch ein weiteres Problem der Unterscheidung zwischen Extremen, Radikalen und Populisten umgangen, das sich insbesondere aus den Intellektualisierungsversuchen des Rechtsextremismus ergibt: Durch eine sorgfältigere Wortwahl und bürgerliche Ablehnung von Gewalt und Umsturz hofft die „Neue Rechte“, die Grenze zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen. Selbst wenn diese Versuche bislang als nicht allzu erfolgreich erscheinen, erschwert die Verbrämung eigentlich extremer Ziele durch die rhetorische Annäherung an rechtskonservative Positionen ihre eindeutige Identifikation und Zuordnung, z. B. in der umstrittenen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 2000; Bundesamt für Verfassungsschutz, 2000: 69 ff.). Die problematische Abgrenzung der verschiedenen Gruppen zeigt sich schließlich auch in organisatorischen Verbindungen zwischen „populistischen“ und „extremen“ Parteien, z. B. zwischen den Republikanern und der NPD (Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000b: 5 ff.). Entsprechend ist es folgerichtig, wenn diese theoretische Differenzierung in der Praxis des Verfassungsschutzes keine zentrale Rolle spielt.

2.2. Determinanten von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Bei der Frage nach den Determinanten des Erfolges rechtsextremer Parteien ist es notwendig, sich eine differenzierte Betrachtungsweise zu eigen zu machen, nachdem der Rechtsextremismus als ideologische Kombination verschiedenster Elemente aufgefasst werden kann (Mudde, 1995). Als überwiegendes verbindendes Element aller rechtsextremen Parteien Westeuropas werden jedoch insbesondere Rassismus und Nationalismus identifiziert (Butterwegge, 1999). Von Rechtsextremismus kann man in Anlehnung an die obige Begriffsbestimmung und empirische Gemeinsamkeiten der betreffenden Parteien dann sprechen, wenn mindestens je ein Element aus zwei Komplexen von Attributen vorhanden ist (Meijerink/Mudde/Van Hol-

steyn, 1998): In-Outgroup-Differenzierung (mit Ethnozentrismus, Rassismus und Xenophobie) und Hierarchie (Autoritätssehnsucht, Nationalismus).

Fasst man die Ergebnisse von Wahlen und Umfragen zusammen, wie sie in der Literatur berichtet werden, so lassen sich in der bisherigen wissenschaftlichen Diskussion folgende Eigenschaften der Wähler rechtsextremer Parteien in Westeuropa identifizieren, ohne dass all diese Elemente in der vorliegenden Studie ebenfalls geprüft werden können:

1. Die Wähler rechtsextremer Parteien sind grundsätzlich gegen eine weitere Zuwanderung von Ausländern. Dabei richtet sich ihre Opposition gegen Immigration weniger ursächlich nach den realen Gegebenheiten des Ausländerzuzugs (Umfang oder Zusammensetzung) als nach der Präsenz der Problematik in den Medien (z. B. Lepszy, 1989; Saalfeld, 1993; Falter, 1994; Billiet / De Witte, 1995; Thränhardt, 1995; Fascher, 1997).
2. Ihre Xenophobie verbindet sich mit einem ausgeprägten Gefühl nationaler Identität, die zu einem radikalen Nationalismus führt. Ihr Ziel ist ein kulturell homogener, autoritärer Staat, der Sicherheit und Ordnung durchsetzt. Dabei fehlen ihnen jedoch zumindest zum Teil die antibürgerlichen und antikapitalistischen Charakteristika der rechtsextremen Parteien der Zwischenkriegszeit, selbst wenn teilweise durchaus Traditionslinien des Faschismus und des Nationalsozialismus wiederaufgenommen werden (z. B. Funke, 1989; Backes, 1990; Rippl u. a., 1991; Saalfeld, 1993; Fascher, 1997). Der Nationalismus verbindet sich mit einer antieuropäischen und neutralistischen Haltung, die sich generell gegen internationales Engagement und supranationale Integration richtet. Die europäische Integration wird bisweilen sogar selbst als eine zentrale Ursache der Fragmentierung des Parteiensystems durch Extremisten angesehen, nachdem sie den politischen Dissens verstärkte, aber gleichzeitig den nationalen Regierungen das Instrumentarium zur Bewältigung der extremistischen Herausforderung (z. B. durch Wirtschafts- und Sozialpolitik) aus der Hand nehme (Lepszy, 1989; Hardy, 1994).
3. Sie sind gegen die Frauenemanzipation und sehnen sich nach einer traditionelleren Gesellschaft. Aufgrund einer starken Bindung rechtsextremer Orientierungsmuster an typisch männlichen, individualistischen Stereotypen ist die Mehrheit der rechtsextremen Wähler männlich (z. B. Meloen u. a., 1988; Fascher, 1997; Rippl u. a., 1998).
4. Sie nehmen sich selbst als in einer wirtschaftlich unsicheren Situation befindlich an, sind sozial eher isoliert und halten sich für Opfer der sozioökonomischen und technologischen Modernisierung im Zuge der Globalisierung (in Ostdeutschland auch der Wiedervereinigung). Dies hängt auch damit zusammen, dass sie (insbesondere Jugendliche) ein

eher unterdurchschnittliches Bildungsniveau und entsprechend geringe Aussichten und Absichten haben, beruflich Karriere zu machen (z. B. Westle/Niedermayer, 1992; Hopf, 1994; Mayer, 1996).

5. Sie begegnen der etablierten Politik und ihren Vertretern mit Abscheu und lehnen als sich benachteiligt fühlende „kleine Leute“ das politisch-gesellschaftliche Establishment als korrupt oder dekadent ab. Entsprechend sind sie auch mit der Arbeit konservativer Regierungen unzufrieden. Der Erfolg rechter Parteien ist somit auch Ausdruck einer Krise der etablierten Volksparteien. Ein bedeutender Teil der Wählerschaft der Rechtsextremen und Rechtspopulisten rekrutiert sich aus Protestwählern, die von daher dem ideologischen Gedankengut der jeweiligen Parteien nicht wirklich nahestehen müssen (z. B. Lepszy, 1989; Betz, 1990a; Mayer/Perrineau, 1992; Westle/Niedermayer, 1992; Saalfeld, 1993; Falter, 1994). Trotzdem gibt es ein durchaus weitgehend konstantes rechtsextremes Wählerpotential, das in Deutschland auf beispielsweise etwa 9–10% geschätzt wird. Der nachhaltige Absturz der Republikaner in Deutschland ist vor diesem Hintergrund weniger Ausdruck einer grundlegenden Wiederherstellung politischer Zufriedenheit als vielmehr Folge innerparteilicher Querelen, der schnellen Wiedervereinigung und der Abneigung gegen die Zuwanderung von deutschstämmigen Aussiedlern (Funke, 1989; Betz, 1990b; Roth, 1990).

Aus diesen Eigenschaften folgen einige strukturelle Determinanten für den Erfolg rechter Parteien. Zum einen ist hier die wirtschaftliche Benachteiligung, z. B. drohende oder tatsächliche Arbeitslosigkeit, zu nennen, die unter dem Schlagwort der relativen sozioökonomischen Deprivation zum Standardrepertoire der Erklärung extremistischer Phänomene gehört. Als ebenso wichtig und von manchen Autoren als entscheidend betrachtet werden kann jedoch auch die kulturelle und psychische Opposition gegen die Modernisierung, die zu einer Aushöhlung tradierter Orientierungsmuster auch in der Parteienlandschaft und Regierungspraxis führt (z. B. Götz, 1997). Beide Aspekte verbinden sich zum Teil mit der wachsenden Öffnung der europäischen Gesellschaften, die beispielsweise in der Einwanderung ihren unmittelbaren interkulturellen Niederschlag findet. Wichtig ist dabei die Feststellung, dass es weniger das tatsächliche Ausmaß der Zuwanderung als vielmehr die Medienaufmerksamkeit in der Folge immigrations- und ausländerfeindlicher Kampagnen rechter Parteien ist, die rechtsextreme Wahlerfolge erst zu ermöglichen scheinen (Friedrichsen/Schulz/Wolling, 1995).

2.3. Sozioökonomische Determinanten des Rechtsextremismus

Nachdem die Äußerung und Selbsteinschätzung von Präferenzen durch Interviews statistisch-methodisch durchaus problematisch ist und immateriell-psychische Einstellungen schwerer durch politische Maßnahmen zu verändern sind als sozioökonomische Rahmenbedingungen, stellt sich natürlich die Frage, welche strukturellen Determinanten den Erfolg rechter Parteien begünstigen. Eine Beantwortung dieser Frage wird durch einen, in der sozial- und politikwissenschaftlichen Literatur als „ökologisch“¹ bezeichneten, methodisch stark an der statistischen Regressionsanalyse orientierten Ansatz ermöglicht, der auf die konkreten sozioökonomischen Umweltbedingungen von Wahlentscheidungen fokussiert. Hierzu liegen weniger Studien vor als im vorgenannten Fall, wohl nicht zuletzt deshalb, weil das verfügbare Datenmaterial aufgrund der Involvierung verschiedenster Institutionen der amtlichen Statistik weit heterogener und schwerer zusammenzustellen ist als beispielsweise bei der Befragung von Wählern. Die Ergebnisse von vier besonders interessanten Arbeiten seien ohne Anspruch auf einen repräsentativen Charakter für die Literatur kurz referiert. Dabei wird auch deutlich, wie stark die „ökologische Analyse“ in Reichweite und Betrachtungsebene (kommunal, regional oder national) variieren kann:

1. Anhand einer detaillierten multiplen Regressionsanalyse von Wahlergebnissen bei den Kommunalwahlen in Belgien 1988 auf die sozioökonomischen Charakteristika der jeweiligen Gemeinden ist aufgezeigt worden, dass höhere Durchschnittseinkommen sich positiv auf das Wahlergebnis der liberalen und negativ auf das der christdemokratischen und der sozialistischen Parteien auswirkt (Torfs, 1991). Im Unterschied zu den Christdemokraten profitieren die Sozialisten von einem hohen Anteil von Bürgern, die staatliche Sozialleistungen erhalten, während sich ein hoher Anteil von Akademikern negativ für die Sozialisten und positiv für die Grünen auswirkt. Jüngere Bürger wählen eher die Christdemokraten oder die Grünen; ältere eher die Sozialisten, die Liberalen oder den Vlaams Blok. In Ballungsräumen verlieren die Christdemokraten und gewinnen Sozialisten, Grüne und Vlaams Blok. Hohe Anteile nordafrikanischer Einwanderer führen zu einem größeren Stimmenanteil von Sozialisten und Vlaams Blok und wirken sich negativ auf die Grünen aus. Für die Determinanten des Wahlerfolges der Rechtsextremen folgt daraus, dass der Vlaams Blok in erster Linie bei älteren Bürgern, in städtischen Verdichtungsräumen und bei relativ hohen Zuwandereranteilen Zuspruch findet.

¹ „Ökologisch“ hat in diesem Kontext nichts mit Ökologie zu tun.

2. Für die Bürgerschaftswahlen in Hamburg 1993 liegen Resultate einer „ökologischen Analyse“ vor, nach denen sozioökonomische Probleme signifikant die Bereitschaft erhöhen, rechtsextrem oder gar nicht zu wählen (Jagodzinski / Friedrichs / Dulmer, 1995). Soziale Schwierigkeiten, die sich empirisch anhand der Arbeitslosigkeit und der Wohnsituation in den verschiedenen Stadtbezirken festmachen lassen, führen danach zu einem Klima der Unsicherheit, sozialen Vorurteilen und politischer Unzufriedenheit, die sich eben in einer ablehnenden Haltung gegenüber der etablierten Politik äußern.
3. Für die Kommunalwahl in Amsterdam 1994 sind für 82 Stadtteile die Determinanten des Stimmenanteils der rechtsextremen Parteien untersucht worden, wobei im Mittelpunkt die Frage nach den Auswirkungen der i.e.L. familiären Lebenssituation der Einheimischen im Mittelpunkt stand (Bijlsma / Koopmans, 1996). Es ergab sich, dass der Erfolg Rechtsextremer positiv korreliert ist mit dem Anteil verheirateter Paare und dem Anteil von Minderheiten in der Nachbarschaft. Dabei wurde ferner festgestellt, dass nicht nur die gesamte Immigrantensituation signifikant war, sondern darüber hinaus auch das relative Übergewicht islamischer Zuwanderer (Türken, Marokkaner) gegenüber schwarzen Immigranten (aus Surinam und den Niederländisch-Antillen). Dies deutet neben einer starken formalen Bindung an traditionell-konservative Werte auch auf eine kulturell-ethnische Differenzierung bezüglich der wahrgenommenen Bedrohung durch Zuwanderer hin.
4. Eine umfangreiche Studie befasst sich schließlich mit den „ökologischen“ Determinanten der geäußerten Bereitschaft, rechtsextrem zu wählen (also nicht den tatsächlichen Wahlergebnissen), in sechs europäischen Staaten (Knigge, 1998). Betrachtet werden Belgien, Frankreich, die Niederlande, die Bundesrepublik (alte Länder), Dänemark und Italien zwischen 1984 und 1993. Die Regressionsanalyse unterscheidet zwischen drei Erklärungsansätzen für Rechtsextremismus, nämlich ökonomischen Bedingungen (Arbeitslosigkeit und Inflation), sozialen Entwicklungen (Zuwanderung) und politischen Trends (Unzufriedenheit mit dem politischen System). Sie kommt zu dem Schluss, dass wachsende Zuwandererzahlen und Unzufriedenheit mit dem politischen Regime signifikant positiv für den Rechtsextremismus sind, während eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation (insbesondere höhere Arbeitslosigkeit) die Attraktivität rechtsextremer Parteien sogar verringert.

2.4. „Ökologische“ Fehlschluss-Problematik und „sociotropic voting“

Es bleibt darauf hinzuweisen, dass sich die „ökologische Analyse“ natürlich einem grundsätzlichen methodisch-theoretischen Problem gegenüber sieht, das erstmals von Robinson (1950) explizit diskutiert wurde: der Gefahr des sogenannten „ökologischen“ Fehlschlusses. Damit wird die prinzipielle logische Unmöglichkeit bezeichnet, aus aggregierten Daten auf das Verhalten von Individuen schließen zu können. Neben epidemiologischen und ökonomischen Fragestellungen ist dieses Problem gerade auch in der empirischen Wahlforschung von zentraler Bedeutung. So kann beispielsweise bei Wahlen in den USA aus einem hohen Anteil an Stimmen für den jeweiligen demokratischen Kandidaten in vorwiegend von Schwarzen bewohnten Wahlbezirken nicht einfach geschlossen werden, Schwarze würden typischerweise die Demokraten wählen. Vielmehr ist es möglich, dass sich gerade in von Schwarzen dominierten Wohngebieten Weiße eher dazu entschließen, demokratisch zu wählen als in solchen, in denen Weiße die Mehrheit haben (King, 1997: 12 ff.). Aus den aggregierten Daten auf die Charakteristika und Motive der individuellen Entscheidungsträger zu schließen, kann daher in die Irre führen.

Gerade auch in der empirischen Betrachtung der Wahlerfolge rechtsextremer Parteien ist die „ökologische“ Fehlschlussproblematik wohlbekannt. So stehen im Fall des Aufstiegs der NSDAP zu Beginn der dreißiger Jahre nur aggregierte Daten zur Verfügung, um festzustellen, wer typischerweise nationalsozialistisch gewählt hat, z. B. beim erdrutschartigen Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen im September 1930 (Hamilton, 1982; Childers, 1983; Falter, 1987; Falter, 1991). Insbesondere die Arbeitslosigkeit in Folge der Weltwirtschaftskrise spielt dabei eine wichtige Rolle und hat zu unterschiedlichen empirischen Ergebnissen geführt. So finden Frey und Weck (1981) bei der Analyse eines gepoolten Datensatzes für die dreizehn Landesarbeitsamtbezirke in vier Reichstagswahlen einen deutlichen, statistisch signifikanten, positiven Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Stimmenanteil der NSDAP. Falter (1985) hingegen kommt für die gleichen vier Wahlen auf der Basis eines Datensatzes für die Stadt- und Landkreise zu einem negativen Vorzeichen der Arbeitslosenquote. Offenbar wäre ein klarer empirischer Befund nur unter Zuhilfenahme individueller Surveydaten möglich, die jedoch in diesem Fall nicht verfügbar sind.

Vor diesem Hintergrund stellt sich das Problem des „ökologischen“ Fehlschlusses auf den ersten Blick als fundamental gerade für die Wahlforschung dar. Die Reaktion in der Literatur reicht daher seit Robinson (1950) auch von wenig überzeugenden Versuchen, das Problem gänzlich zu verneinen (z. B. Bogue/Bogue, 1982) über den Umweg, ihm mittels besonderer Schätzmethoden Herr zu werden (Goodman, 1959; King, 1997), bis hin zur

generellen Resignation (z. B. Flanigan/Zingale, 1985; Achen/Shively, 1995). Abgesehen von historischen Fällen (wie den Wählern der NSDAP) oder solchen, in denen die Erhebung umfangreicher Mikrodaten zu aufwendig ist (z. B. bei epidemiologischen Anwendungen) deutet die Literatur generell darauf hin, dass aggregierten Daten in jedem Fall Individualdaten vorzuziehen sind.

Während diese Auffassung als Faustregel für die empirische Forschung zum menschlichen Verhalten im allgemeinen gilt, gibt es jedoch im spezifischen Fall der Wahlforschung zwei inhaltliche Sichtweisen, die die Verwendung aggregierter Daten durchaus als sinnvoll erscheinen lassen. Erstens hängt die Gefahr des „ökologischen“ Fehlschlusses offenbar von dem Wunsch des Forschers ab, mikrotheoretische Verhaltensannahmen mittels aggregierter Daten zu testen. Wenn über die konkrete Situation des Individuums (Wählers) jedoch nichts bekannt ist, sondern nur Informationen über sein Umfeld vorliegen, kann aus diesen Daten offensichtlich wenig Erkenntnis über das individuelle Entscheidungskalkül, das zur Wahl rechtsextremer Parteien führt, gezogen werden. Fasst man nun jedoch die Fragestellung allgemeiner und orientiert sich am politischen (normativen) Ziel der Bekämpfung des Rechtsextremismus, wie es hier eingangs bereits angedeutet wurde, dann ist das Problem weniger virulent. Denn dann kommt es lediglich auf den Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Bedingungen und rechtsextremen Wahlerfolgen per se an, unabhängig davon, ob die zugrundeliegenden Entscheidungsmechanismen auf individueller oder kollektiv-aggregierter Ebene ablaufen: Wenn eine schlechte sozioökonomische Situation in einem Kreis dazu führt, dass der Stimmenanteil Rechtsextremer hoch ist, ist es aus dieser Perspektive zunächst sekundär, ob die konkreten Wähler der Rechtsextremen selbst davon betroffen sind oder nicht. In jedem Fall bilden die sozioökonomischen Verhältnisse dann aus welchen Gründen auch immer den Nährboden für den Rechtsextremismus und geben der demokratischen Politik ein Ziel vor, um ihm diesen zu entziehen, etwa durch arbeitsmarkt- oder sozialpolitische Maßnahmen. Kirchgässner (1984: 127) hat dieses Argument, sich sozusagen mit einer „reduzierten Form“ des Wahlverhaltens zu bescheiden, dahingehend auf den Aufstieg der NSDAP angewendet, dass er feststellt, Hitler wäre auch aufgrund der Arbeitslosigkeit an die Macht gekommen, wenn ihn kein einziger Arbeitsloser gewählt hätte.

Was auch in diesem Fall verbleibt, ist jedoch die Frage nach einer befriedigenden theoretischen Fundierung der empirischen Beobachtung. Hier gibt es jedoch in der Wahlforschung durchaus Ansätze, in denen individuelles Entscheidungskalkül (Mikroebene) und allgemeiner Kontext (Makroebene) zusammengeführt werden. So geht die Theorie des „sociotropic voting“ davon aus, dass für die individuelle Wahlentscheidung nicht nur die

konkrete sozioökonomische oder gar nur die finanzielle Situation des Einzelnen oder seiner Familie von zentraler Bedeutung ist (traditioneller „egotropischer“ bzw. „pocket-book“-Ansatz), sondern auch diejenige des Umfeldes, sei es aus genuin altruistischen Motiven, sei es aufgrund der damit verbundenen Einschätzung des Risikos für die Bewahrung der eigenen Position (Kramer, 1983). Verschiedene Studien haben gezeigt, dass dem soziotropischen Wahlverhalten durchaus eine große empirische Bedeutung zukommt, so etwa Nannestad / Martin (1994a; 1994b), Borre / Andersen (1997) und Johnston u. a. (2000). Verschiedentlich wird sogar davon ausgegangen, dass die kollektive Orientierung für die Wahlentscheidung wesentlich wichtiger ist als die persönlich-individuelle (Fiorina, 1981; Kinder u. a., 1989; Lockerbie, 1992; Stögbauer, 2000: 10 f.).

Während das Konzept der soziotropischen Wahl somit eine gute Grundlage für eine inhaltlich-theoretische Verbindung von Resultaten der „ökologischen“ Analyse mit der individuellen Wahlentscheidung liefert, bleibt für die empirische Operationalisierung des Wählerumfeldes noch die Frage der Wahrnehmung bedeutsam. In unserem Fall wird versucht, das sozioökonomische Umfeld des Wählers mittels objektivierbarer statistischer Größen nachzubilden. Nun können Perzeptionen jedoch oft sehr viel mehr handlungsbestimmend für eine Wahlentscheidung sein als „objektive Bedingungen“: Solange die Wähler glauben, dass sich die wirtschaftliche Situation verbessert, sind die statistischen Indikatoren eher nebensächlich. Individuelles Verhalten kann durch objektivierbare Daten zudem nur dann beeinflusst werden, wenn sie überhaupt vermittelt werden. Im vorliegenden Kontext ist es daher zunächst notwendig anzunehmen, dass die sozioökonomische Umwelt vom Wähler wenigstens zu einem bedeutenden Teil richtig wahrgenommen bzw. dass die dazu notwendigen Daten auch tatsächlich unmittelbar zur Verfügung stehen. Insbesondere aufgrund der unmittelbaren Nähe und relativen Überschaubarkeit der Kreisebene als unmittelbare Lebenswelt sowie der direkten Information des Bürgers durch die Medien auch gerade auf lokalem und regionalen Niveau (Radio, Fernsehen, Zeitungen) erscheint uns diese Annahme als durchaus plausibel und vertretbar.

Indirekt gestützt werden kann sie zudem durch Forschungsergebnisse zum strategischen Wählerverhalten, das ein hohes Maß an Information über komplexe Umweltbedingungen wie das Wahlsystem und die Erfolgschancen der Parteien sowie eine ausgeprägte taktische Rationalität beim Wähler voraussetzt. So kommen beispielsweise Fisher (1973), Black (1978), Cain (1978), Gunther (1989) oder Blais / Nadeau (1996) zu dem optimistischen Schluss, dass strategischem Wahlverhalten und damit seinen impliziten Voraussetzungen an Information und Rationalität durchaus empirische Relevanz zukommt. Wenn darüber hinaus politische Meinungsbildung zu einem hohen

Maß durch Meinungsführer im sozialen Umfeld des Wählers zustande kommt (Schenk, 1995a; 1995b) und diese ihre prägende Auffassung in erster Linie aufgrund von Informationen aus den Medien gewinnen (Schenk, 1989), so ist dies nicht nur eine weitere indirekte Bestätigung der soziotropischen Aspekte der Wahlentscheidung, sondern stellt gleichzeitig einen wichtigen Transmissionsmechanismus zur Vermittlung medial verbreiteter Informationen im Perzeptionsprozess des Wählers dar. Natürlich verbleibt auch dann noch die Frage, inwieweit die Medien bzw. die Meinungsführer tatsächlich objektive Fakten verbreiten oder ob sie nicht möglicherweise ihre Position ausnutzen, um selbst Stimmungen und ideologische Orientierungen zu fördern. Sowohl in der Literatur wie in unseren empirischen Ergebnissen finden sich Anhaltspunkte dafür, dass gerade in bestimmten Bereichen der rechtsextremen Wahlerfolge weniger tatsächliche Fakten als vielmehr sachlich falsche ideologische Grundüberzeugungen die Wahlentscheidung motivieren. In einem solchen Fall ergibt sich für die praktisch-politische Fragestellung der Studie natürlich eine deutliche Beschränkung in der Wirksamkeit des sozioökonomischen Instrumentariums zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

3. Rechtsextremistische Parteien im vereinten Deutschland

Die empirische Untersuchung der „ökologischen“ Determinanten rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung stützt sich im Folgenden auf die Wahlergebnisse der Republikaner und der NPD bei den Europawahlen 1994 und 1999 (vgl. Tabelle 1). Bevor wir uns jedoch dem Datensatz und den statistischen Ergebnissen dieser Studie zuwenden, erscheint es unbedingt notwendig, kurz auf die rechtsextremistische Parteienlandschaft einzugehen (Für einen detaillierteren Überblick siehe u. a. Falter/Klein (1994), Falter/Schumann (1992, 1993), Pappi (1989)). Dabei soll insbesondere auf diejenigen Faktoren hingewiesen werden, die eine Einordnung der Parteien als rechtsextremistisch rechtfertigen. Zugrunde gelegt werden dabei jeweils die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

3.1. Die Republikaner

Die Partei „Die Republikaner“ (REP) wurde 1983 gegründet. Sie bemüht sich seither um ein rechtskonservatives Erscheinungsbild, dem jedoch ihr tatsächlicher ideologischer Standort widerspricht: So zeichnen sich Programmatik und Auftreten der Partei durch einen ausgeprägten Nationalismus und Antieuropäismus aus. Ausländerfeindlichkeit und rassistisch

Tabelle 1

Wahlergebnisse ausgewählter rechtsextremer Parteien bei Bundestags- und Europawahlen 1949–1999 (bundesweiter Stimmenanteil in %)

<i>Jahr</i>	<i>Wahl</i>	<i>REP</i>	<i>DVU</i>	<i>NPD</i>
1949	D	–	–	–
1953	D	–	–	–
1957	D	–	–	–
1961	D	–	–	–
1965	D	–	–	2,0
1969	D	–	–	4,3
1972	D	–	–	0,6
1976	D	–	–	0,3
1979	EU	–	–	–
1980	D	–	–	–
1983	D	–	–	0,2
1984	EU	–	–	0,8
1987	D	–	–	0,6
1989	EU	7,1	1,7	–
1990	D	2,1	–	0,3
1994	EU	3,9	–	0,2
1994	D	1,9	–	–
1998	D	1,8	1,2	0,3
1999	EU	1,7	–	0,4

–: nicht angetreten oder vernachlässigbarer Stimmenanteil (gerundet 0,0%).

geprägte Überfremdungsangst, die sich gegen Zuwanderer und Asylanten als Sündenböcke für bestehende gesellschaftliche Probleme wenden, gehören zum Standardrepertoire der REP und werden teilweise durch einen latenten Antisemitismus ergänzt. Darüber hinaus werden immer wieder die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik und die Vertreter der etablierten Parteien diffamiert. Die Demokratisierung Westdeutschlands nach 1945 wird als Umerziehungsdiktat der Alliierten interpretiert, das der nationalen Würde der Deutschen widersprach und dem Grundgesetz mit seinem tolerant-liberalen Menschenbild die Legitimität nimmt. Damit verbunden ist ein deutlicher Antiamerikanismus. Generell bestehen bei den REP starke Strömungen eines ideologischen Revisionismus und einer Relativierung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen, wenn er auch nicht

mehr als Modell einer künftigen politischen Ordnung betrachtet wird (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1995: Kap. 2.1; Bundesamt für Verfassungsschutz, 1999b: 38 ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000a: 27 ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000b: 5 ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz, 2000: 38 ff.).

Ihre bislang größten Wahlerfolge feierten die REP am Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre. Bei den Europawahlen 1989 erreichten sie 7,1 Prozent der Stimmen, bei den Landtagswahlen in Berlin 1989, Bayern 1990 und Baden-Württemberg 1992 7,5, 4,9 bzw. 10,9 Prozent. Seit Mitte der 90er Jahre sind die Wahlerfolge jedoch weitgehend ausgeblieben. Bei den Europawahlen 1994 und 1999 lag der Stimmenanteil der REP noch bei 3,9 und 1,7 Prozent; bei den Landtagswahlen in Bayern und Niedersachsen 1998 bei 3,6 und 2,8 Prozent. Bei den Landtagswahlen 1999 erreichten sie zwischen 0,8 (Thüringen) und 2,7 Prozent (Hessen und Berlin). Bei Bundestagswahlen bewegen sich die REP bislang bei etwa 2 Prozent der Stimmen. Eindeutiger Schwerpunkt der republikanischen Wahlerfolge ist Baden-Württemberg, wo sie bei den Landtagswahlen 1996 und den Kommunalwahlen 1999 jeweils über 9 Prozent erreichten.

Seit Mitte der 90er Jahre bestehen in der Partei teilweise heftige interne Richtungskämpfe um die offizielle Abgrenzung von anderen rechtsextremen Parteien. Tatsächlich existieren verschiedene Verbindungen zu Protagonisten der neonazistischen Szene und viele REP-Mitglieder wirken mit anderen rechtsextremen und rechtsradikalen Gruppierungen zusammen. Mit der Abschwächung der Wahlerfolge gehen organisatorische Probleme einher, die sich vor allem in einem deutlichen Mitgliederschwund äußern. Seit 1993 ist die Zahl der Mitglieder von ca. 23.000 auf 14.000 zurückgegangen. Nach dem Aufstieg der FPÖ zur Regierungspartei in Österreich erhoffte sich die Partei eine Stärkung ihres Profils in der Bundesrepublik, was sich bislang jedoch nicht realisiert hat (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1995: Kap. 2.1; Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1999: Kap. 2.1; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000a: 27 ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000b: 5).

3.2. Die DVU

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist den Republikanern in der Deutschen Volksunion eine starke Konkurrenzpartei am rechten Rand des Parteienspektrums erwachsen. 1987 als Mittel zur Zusammenfassung aller nationalistischen Kräfte auf der Basis der seit 1971 existierenden DVU e.V. gegründet, zeichnet sich die Partei vor allem durch ausländerfeindliche und antisemitische Agitation aus. Die Verbrechen des Nationalsozialismus und

die Verantwortung der Deutschen dafür werden relativiert oder geleugnet. Selbst zentralistisch und autoritär geführt, wendet sich die DVU gegen den demokratischen Rechtsstaat und diffamiert seine Repräsentanten, um das Vertrauen in die Werteordnung des Grundgesetzes zu untergraben. Dabei ist die Münchener Zentrale der Partei jedoch offenbar nicht in der Lage, alle Landesverbände und insbesondere die Landtagsfraktionen auf konformem Kurs zu halten, wie das Beispiel der Spaltung der DVU in Sachsen-Anhalt 1999 zeigt (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1995: Kap. 2.1; Bundesamt für Verfassungsschutz, 1999b: 47 ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz, 2000: 49 ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000b: 11 ff.).

Seit spätestens der Bundestagswahl 1998, in der die Stimmen des rechts-extremen Lagers auf REP, DVU und NPD zersplittert wurden, gibt es Absprachen mit den REP, um Konkurrenz bei Wahlen zu vermeiden. Wie die Europawahl 1999 gezeigt hat, ist diese Zurückhaltung der DVU nur begrenzt positiv für die REP. Zur Europawahl 1994 war die DVU wie zu allen anderen Wahlen des Jahres ebenfalls nicht angetreten. 1991 zog sie mit 6,2 Prozent der Stimmen in die Bremer Bürgerschaft ein, konnte dieses Ergebnis 1995 und 1999 mit 2,5 bzw. 3 Prozent jedoch nicht verteidigen. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein verringerte sich ihr Stimmenanteil von 6,3 Prozent im Jahr 1992 über 4,3 Prozent 1996 auf 1 Prozent 2000. Umgekehrt vermochte die DVU ihr Ergebnis in Hamburg von 2,8 Prozent 1993 auf 4,9 Prozent 1997 zu steigern. In den neuen Bundesländern erreichte die Partei 1998 und 1999 den Einzug in die Länderparlamente von Sachsen-Anhalt (mit 12,9 Prozent) und Brandenburg (5,3 Prozent), scheiterte jedoch in Mecklenburg-Vorpommern (2,9 Prozent) und Thüringen (3,1 Prozent). Bei den Bundestagswahlen 1998 betrug ihr Ergebnis 1,2 Prozent. Bezeichnend für die Wahlerfolge durch eine primäre Mobilisierung von Protestwählern ist die Wahlkampfstrategie der DVU in Brandenburg und insbesondere in Sachsen-Anhalt, die mangels einer lokalen und regionalen Infrastruktur in erster Linie mit großem Kapitaleinsatz für flächendeckende Plakatierungen und Postwurfsendungen (besonders an jüngere Wähler) mit aggressiven populistischen Werbeslogans geführt wurde (Bundesamt für Verfassungsschutz, 1999a: 15 f.).

3.3. Die NPD

Ein traditionelles Sammelbecken für neonazistisch geprägte Rechts-extreme ist die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Sie wurde 1964 in der Nachfolge der 1952 verbotenen „Sozialistischen Reichspartei Deutschlands“ (SRP) gegründet, welche auf die NS-Ideologie hin orientiert war und 1951 während der „ersten Welle“ rechter Wahlerfolge nach 1945

bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Bremen 11 bzw. 7,7 Prozent Stimmenanteil erreicht hatte. 1966 erhielt die NPD während der „zweiten Welle“ in Bayern 7,4 und in Hessen 7,9 Prozent der Stimmen, 1967 in Rheinland-Pfalz 6,9, in Schleswig-Holstein 5,8, in Niedersachsen 7 und in Bremen 8,8 Prozent. Nach ihrem größten Erfolg in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent 1968 scheiterte sie 1969 mit 4,3 Prozent bei der Bundestagswahl und verlor danach schnell an Anhängern. Seit dem Tiefststand mit 3.500 Mitgliedern (1996) hat sich die NPD mit gegenwärtig 6.000 Mitgliedern wieder konsolidiert, nachdem sie ihre Strategie in Richtung „Kampf um die Straße“ und Öffnung für Neonazis und Skinheads geändert hat. Die NPD bekennt sich zu einem „deutschen“ oder „nationalen Sozialismus“, der das Deutschland vom Westen oktroyierte liberal-kapitalistische System der parlamentarischen Demokratie ablösen soll. Die neue Ordnung soll dabei durch einen unbedingten „völkischen Primat“, der eine rassistische Ausländerfeindlichkeit einschließt, und eine totalitäre Elitenherrschaft nach dem Vorbild des Nationalsozialismus gekennzeichnet sein. Zu den Charakteristika der NPD-Programmatik gehören damit Ausländerhass, Antisemitismus, antidemokratische Kollektivismusvorstellungen, die dem demokratischen Parteienpluralismus entgegengesetzt werden, und die Relativierung bzw. Idealisierung der Geschichte des Dritten Reiches (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1995: Kap. 1.1; Bundesamt für Verfassungsschutz, 1999a: 30 ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz, 2000: 57 ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000b: 8 ff.).

Die Wahlerfolge der NPD in neuester Zeit sind trotz ihrer wachsenden Bedeutung als „außerparlamentarische Opposition“ bislang eher dürftig. Die Teilnahme an den Europawahlen 1994 und 1999 resultierte jeweils in weniger als einem halben Prozent Stimmenanteil. Bei den Bundestagswahlen 1998 erreichte sie 0,3 Prozent der Stimmen, bei den Landtagswahlen in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern 1998 0,2 bzw. 1,1 Prozent. Mit Ausnahme von 1,4 Prozent in Sachsen 1999 blieb die NPD in den weiteren Landtagswahlen mit 0,2 bis 0,8 Prozent klar unter 1 Prozent Stimmenanteil. Das deutlich höhere Wählerpotential der NPD zeigt sich demgegenüber beispielsweise in den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Sachsen 1999, in denen sie bis zu 11,8 Prozent (in Königstein) erreichte. Dennoch ergibt sich vor diesem Hintergrund insgesamt, dass die REP, obwohl sie seit ihren Erfolgen in den späten 80er Jahren stark verloren haben, bislang noch immer die erfolgreichste der gegenwärtigen Parteien der „dritten Welle“ des Rechtsextremismus sind, zumindest, was die Bundes- und Europaebene angeht.

4. Datensatz und statistische Methodik

4.1. Der Ansatz der empirischen Studie

Wie oben bereits erwähnt, beinhaltet die vorliegende Studie eine „ökologische“ Analyse der Determinanten rechtsextremistischer Wahlerfolge bei den Europawahlen im vereinten Deutschland 1994 und 1999. Diese Analyse erfolgt mit Hilfe eines statistisch-ökonometrischen Modells auf der Basis von Strukturdaten auf Kreisebene und bedeutet damit in zweierlei Hinsicht eine Neuerung in der Wahlforschung: Zum einen wird zum erstenmal eine detaillierte quantitativ-sozioökonomische Untersuchung auf dieser administrativen Ebene geliefert; zum anderen wird eine verhältnismäßig komplizierte statistische Methode verwendet, deren Rezeption gerade im Bereich der Politikwissenschaft noch relativ unterentwickelt ist. Der empirische Ansatz untersucht insgesamt zehn Bereiche (inkl. Kontrollvariablen) potentiell relevanter Determinanten rechtsextremistischer Wahlergebnisse. Auswahl und Operationalisierung dieser Determinanten waren dabei einerseits von den oben skizzierten Ergebnissen der bisherigen Forschung sowie andererseits vom zur Verfügung stehenden Datenmaterial auf Kreisebene abhängig. Zu betonen ist, dass der Focus der Betrachtung der Themenstellung gemäß auf den sozioökonomischen Bedingungen vor Ort liegt. Auf weitere, möglicherweise wichtige Aspekte, die hier nicht weiter verfolgt werden können, wird am Schluss des Aufsatzes noch eingegangen. Entsprechendes gilt für die Frage, ob rechtsextreme Gesinnungen in der Bevölkerung letztlich durch die Resultate von Wahlen erfasst werden können oder ob nicht auch andere endogene Variablen von Interesse wären, die uns gegenwärtig nicht in ausreichend detaillierter Form vorliegen. Folgende sozioökonomische Faktoren werden in unserem empirischen Modell untersucht:

1. Ost-West-Unterschiede. Bereits eine oberflächliche Betrachtung zeigt, dass die REP und (schwächer) die NPD sowohl von ihrer Parteiorganisation als auch von ihren Wahlerfolgen her Parteien sind, die vordringlich in den alten Bundesländern präsent und verwurzelt sind (Arzheimer / Falter, 1998; Arzheimer / Klein, 1997). Dies könnte wenigstens zum Teil den in den letzten Jahren durch die Medienberichterstattung über rechtsradikale Gewalttaten aufgetretenen Eindruck relativieren, Rechtsextremismus sei generell insbesondere ein ostdeutsches Problem. Bei der statistischen Analyse der Wahlergebnisse ist der potentielle Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern indes natürlich zu berücksichtigen.
2. Zeitliche Entwicklung. Zu Kontrollzwecken ist auch der Zeitpunkt der Wahl einzubeziehen, um potentielle trendmäßige Veränderungen in den Präferenzen der Wähler zu beachten. Es scheint schließlich so zu sein,

dass die REP zwischen 1994 und 1999 generell an Stimmen verloren haben. Diesen Effekt der Zeit gilt es in der empirischen Spezifikation zu kontrollieren.

3. Städtischer Verdichtungsraum (kreisfreie Stadt vs. Kreis). Traditionell scheinen in der Bundesrepublik eher linke Wahlerfolge vor allem an die Existenz von Strukturen gebunden zu sein, die hauptsächlich in städtischen Verdichtungsräumen anzutreffen sind. Dazu gehört beispielsweise die Existenz einer großen Zahl ehemaliger Funktionäre der DDR als eine Erfolgsbasis der PDS, die vor allem in den (städtischen) Verwaltungszentren zu finden sind (Neu, 1999; Neu, 2000). Darüber hinaus gibt es im ländlichen Raum möglicherweise eine stärkere Verhaftung in konservativ-traditionellen Weltbildern, die gerade die REP dort attraktiv erscheinen lassen. Auf der anderen Seite zeigen Ergebnisse aus anderen Ländern (z. B. Torfs, 1991), dass Rechtsextreme gerade in Ballungsräumen mit ihren sozialen Problemen erfolgreich sind. In jedem Fall ist also das Grundcharakteristikum eines Siedlungsraumes als städtisch oder eher ländlich mit in die Analyse einzubeziehen.
4. Ausländersituation. Offensichtlich ist letztlich das zentrale Thema rechtsextremer Agitation die Zuwanderungs- oder, allgemeiner, die Ausländerproblematik (Krell/Nicklas/Ostermann, 1996; Kuechler, 1994). Entsprechend ist zu vermuten, dass die Wahlchancen der REP und der NPD in solchen Kreisen höher sind, in denen sich relativ viele Ausländer aufhalten bzw. dort, wo die sozioökonomischen Spannungen mit Ausländern am höchsten sind.
5. Altersstruktur. Bisherige Untersuchungen haben ergeben, dass rechtsextreme Parteien vor allem für ältere Bürger und für Jungwähler attraktiv sind. Entsprechend sollte sich die Altersstruktur des jeweiligen Kreises auf das Abschneiden von REP und NPD auswirken.
6. Sozialleistungen. Geht man davon aus, dass ein Hauptmotiv, extremistisch zu wählen, soziale Deprivation ist, so sollte ein großer Anteil von Empfängern von Sozialleistungen in einem Kreis das rechtsextreme Wählerpotential signifikant erhöhen.
7. Bildung. Nachdem nach bisherigen Untersuchungen der durchschnittliche rechtsextreme Wähler eher unterdurchschnittlich gebildet ist, ist zu vermuten, dass sich auch das Bildungsniveau in einer Gebietskörperschaft auf das Abschneiden von REP und NPD auswirkt. Zudem prägt die Bildungsinfrastruktur durchaus auch die generelle Atmosphäre eines Standortes, man denke etwa an das typischerweise weltoffenere Flair von Universitätsstädten. Die resultierende Hypothese lautet daher, dass ein hoher Bildungsstand und die Existenz einer guten Bildungsinfra-

struktur im Allgemeinen die Stimmenanteile der Rechtsextremen verringern sollten.

8. Arbeitsmarktsituation. Analog zur Frage der Sozialleistungsempfänger bezieht sich das Standardargument sozialer Deprivation auch unmittelbar auf die wirtschaftliche Situation der Wähler. Nachdem niedrige Löhne und hohe Arbeitslosigkeit als Indikatoren für eine schlechte Wirtschaftslage zu verwenden sind, ist erneut zu erwarten, dass Kreise mit relativ geringen Durchschnittslöhnen und hohen Arbeitslosigkeitsquoten auch einen relativ hohen Anteil von REP- und NPD-Wählern aufweisen sollten.
9. Wirtschaftsleistung und -struktur. Wenn extremistische Wahlerfolge Ausdruck einer wirtschaftlichen Benachteiligung der Bürger sind, sollte in Kreisen, die durch eine hohe Wirtschaftsleistung ein relativ hohes Einkommens- und Wohlstandsniveau erreichen, der Anteil an REP- und NPD-Wählern gering sein. Antimodernistische und damit tendenziell extremistische Auffassungen sind zudem insbesondere dort zu erwarten, wo die bestehende Wirtschaftsstruktur durch ein hohes Maß an traditionellen Sektoren, d. h. an landwirtschaftlicher und industrieller Produktion und Beschäftigung geprägt ist. Globalisierungsängste können insbesondere in Regionen gedeihen, denen der unvermeidliche Strukturwandel im Rahmen der Dynamisierung und Internationalisierung der Wirtschaft noch bevorsteht. Umgekehrt sollten Kreise, in denen der tertiäre Sektor bereits einen hohen Anteil der Beschäftigung ausmacht, weniger von solchen Ängsten geprägt sein und entsprechend geringere Wahlchancen für REP und NPD bieten. Hinzu kommt gerade im Hinblick auf die Ausländerfeindlichkeit als Hauptmotiv, rechtsextrem zu wählen, dass ein hoher Grad an Internationalisierung der einheimischen Wirtschaft über die resultierende Abhängigkeit von ausländischen Kunden und vermehrte Kontakte mit ökonomisch bedeutenden ausländischen Kunden xenophobe Einstellungen eher verringern sollte.
10. Wohnsituation. Von zentraler Bedeutung für das eigene Wohlbefinden und die soziale Selbstperzeption ist die persönliche Wohnsituation. Sie dient zugleich als Ausdruck der eigenen ökonomischen Lage und des sozialen Status. Eine Verbesserung der Wohnsituation ist entsprechend gleichbedeutend mit einer Erhöhung des sozioökonomischen Status und sollte sich daher aus ökonomisch-rationaler Sicht nachteilig für die Wahlchancen der Rechtsextremen auswirken.

Geschlechtsspezifische und zwischen den verschiedenen Faktoren interagierende Aspekte, wie z. B. Ausländerarbeitslosigkeit, werden in der empirischen Spezifikation der Studie durch die Verwendung differenzierender Variablen abgebildet.

4.2. Der verwendete Datensatz

Der hier verwendete Datensatz setzt sich aus Angaben des Bundeswahlleiters, abrufbar über das Statistische Bundesamt (<http://www.statistik-bund.de/wahlen>), zu den Zweitstimmenanteilen der REP und der NPD (ohne Briefwähler) sowie Daten zur Entwicklung von Städten und Gemeinden des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zusammen. Vor dem Hintergrund der Einstufung beider Parteien als rechtsextrem nach dem oben genannten Kriterium der Beobachtung durch den Verfassungsschutz werden die Wahlergebnisse von REP und NPD zunächst zum Gesamtanteil rechtsextremer Stimmen (ohne die bei den Europawahlen nicht angetretene DVU) zusammengefasst. Dabei ist zu beachten, dass der Stimmenanteil der REP, der den der NPD um ein Mehrfaches übersteigt, dominierend wirken wird. Nachdem sich die beiden Parteien zumindest teilweise in ihrer politischen Rhetorik und in der formalen Radikalität ihrer nach außen vertretenen Forderungen, wenn auch vielleicht weniger in ihren eigentlichen politischen Zielen unterscheiden, werden die Determinanten ihrer Stimmenanteile darüber hinaus auch getrennt geschätzt. Dies ermöglicht nicht zuletzt eine differenziertere Sicht des Stimmenpotentials im rechtsextremen Spektrum bzw. die Feststellung, inwieweit sich offiziell unterscheidende politische Parteien tatsächlich in unterschiedlichen sozioökonomischen Umfeldern attraktiv für den Wähler sind.

Die Besonderheit bei den hier genutzten Daten zu den Europawahlen besteht darin, dass sie im Unterschied zu den Ergebnissen der Bundestags- und Landtagswahlen bereits vollständig für die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte vorliegen. Während die erheblichen Abweichungen zwischen administrativen und Wahlkreisen ein Matching zwischen beiden bei Bundestags- und Landtagswahlen bisher weitgehend unmöglich machen, stellt dies im Fall der Europawahlen kein Problem dar. Darüber hinaus ergibt sich bei den sozioökonomischen Informationen auf Kreisebene die Schwierigkeit, dass aufgrund verschiedener Gebietsreformen im Zuge der Wiedervereinigung keine konsistenten Angaben für längere Zeiträume vor 1990 vorliegen. Neben dem eingangs angeführten Argument, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament eine unmittelbarere Wahlentscheidung und damit tendenziell eine höhere Affinität zu extremistischen Parteien zum Tragen kommt als bei nationalen Wahlen, spielt damit die praktische Handhabbarkeit der Daten eine zentrale Rolle beim Ansatz dieser Studie.

Die zur Verfügung stehenden Daten beziehen sich damit auf die 328 Landkreise und 111 kreisfreien Städte in der Bundesrepublik (nach den 1996 vorgenommenen Gebietsstandsabgrenzungen)², von denen 83 bzw. 25

² Seit dem 1. Januar 1999 ist Eisenach ein eigener Kreis, der zuvor zum Wartburgkreis gehörte.

in den neuen Ländern liegen. Für die beiden Jahre 1994 und 1999 ergibt sich eine Gesamtzahl von 878 Beobachtungen. Tabelle 2 bietet eine Übersicht über die Variablen im Datensatz und ihre Definition. Als erklärende Variable dient der Stimmenanteil der REP und der NPD im jeweiligen Kreis. Zur Operationalisierung der genannten exogenen Faktoren, die einen potentiellen Einfluss auf die Wahlergebnisse haben, ist folgendes anzumerken:

1. Die Ost-West-Unterschiede werden durch eine einfache Dummy (0/1)-Variable aufgefangen. Analoges gilt für die zeitliche Entwicklung und die städtische Verdichtung der Bevölkerung.
2. Die Ausländersituation im jeweiligen Kreis wird sowohl durch den Bestand an Ausländern als auch durch die Entwicklung des Ausländerzuzugs abgebildet.
3. Die Altersstruktur wird durch Bestand und Entwicklung der Jugendlichen und der Senioren erfasst.
4. Leistungen des Sozialsystems umfassen den relativen Bestand an Sozialhilfeempfängern insgesamt sowie an ausländischen Sozialhilfeempfängern. Hinzu kommt die Entwicklung der Zahl der Empfänger von Sozialhilfe (laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) sowie der Bestand an Wohngeldempfängern (Haushalte).
5. Indikatoren für den Bildungsstand der Bevölkerung und die Bildungsinfrastruktur sind der Anteil höherqualifizierter Beschäftigter, höherer Schüler und Studenten. Zur weiteren Differenzierung kommen der Anteil ausländischer Schüler sowie das Angebot der Volkshochschulen hinzu.
6. Die Arbeitsmarktsituation wird durch den Durchschnittslohn, die allgemeine Arbeitslosenquote sowie durch die der Ausländer und der Frauen einschließlich ihrer Entwicklung erfasst. Zusätzlich gehen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen in die Schätzung ein.
7. Die Wirtschaftsleistung des Kreises wird durch die Bruttowertschöpfung je Einwohner abgebildet, die Wirtschaftsstruktur durch den Beschäftigungsanteil des tertiären Sektors sowie durch den Auslandsumsatz.
8. Als Indikatoren der Wohnsituation dienen der Bestand und die Entwicklung der Wohnfläche, die Wohndichte je Haushalt sowie das Ausmaß der Wohnungsbauförderung.

Zu beachten ist ferner, dass es sich bei allen Zahlen um normierte Größen handelt, die zur Vermeidung von verzerrenden Größeneffekten immer zu der Gesamtzahl an Beschäftigten, Schülern, Haushalten etc. in Beziehung gesetzt wurden.

Tabelle 2
Variablen der empirischen Analyse

Variable	Variablendefinition	Mittelwert im Datensatz		
		Bund	Alte Länder	Neue Länder
REP 1994	Stimmenanteile der REP bei der Europawahl 1994 im Bundesgebiet / West / Ost (einschl. Berlin), in %	3,92	4,17	3,05
REP 1999	Stimmenanteile der REP bei der Europawahl 1999 im Bundesgebiet / West / Ost (einschl. Berlin), in %	1,70	1,66	1,86
NPD 1994	Stimmenanteile der NPD bei der Europawahl 1994 im Bundesgebiet / West / Ost (einschl. Berlin), in %	0,22	0,21	0,25
NPD 1999	Stimmenanteile der NPD bei der Europawahl 1999 im Bundesgebiet / West / Ost (einschl. Berlin), in %	0,40	0,26	0,87
Stadtkreis	Dummy-Variable (kreisfreie Stadt: 1, sonst: 0)	–	–	–
Ostdeutschland	Dummy-Variable (neue Länder: 1, sonst: 0)	–	–	–
Wahl 1994	Dummy-Variable (Europawahl 1994: 1, sonst: 0)	–	–	–
Ausländer	Anteil der Ausländer an den Einwohnern in %	9,00	10,40	4,00
Ausländer-entwicklung	Entwicklung der Zahl der Ausländer seit 1990 in %	2,10	2,10	1,60
Jugend	Anteil der Einwohner von 18 bis unter 25 Jahren an den Einwohnern in %	7,70	7,50	8,10
Jugend entwicklung	Entwicklung der Zahl der 18- bis unter 25-Jährigen seit 1990 in %	-22,00	-24,00	-14,50
Senioren	Anteil der Einwohner von 65 Jahren und älter an den Einwohnern in %	15,80	16,00	15,20
Senioren-entwicklung	Entwicklung der Zahl der 65-jährigen und Älteren seit 1990 in %	8,80	9,60	5,80
Sozialhilfe-empfänger	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner	35,10	35,60	33,20

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 2 (Fortsetzung):

Variable	Variablendefinition	Mittelwert im Datensatz		
		Bund	Alte Länder	Neue Länder
Sozialhilfe-entwicklung	Entwicklung der Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in den letzten fünf Jahren in %	15,60	10,40	42,10
Sozialhilfe – Ausländer	Anteil ausländischer Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in %	21,50	23,30	14,70
Wohngeld-empfänger	Haushalte, die Empfänger von Mietzuschuss / Lastenzuschuss sind, je 1.000 Haushalte	40,80	31,30	75,40
Höher-qualifizierte	Anteil der sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten mit hoher Qualifikation (d. h. mit Abschluss an höherer Fachschule, Fachhochschule, Hochschule oder Universität) an den sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten in %	8,00	7,40	10,40
Höhere Schüler	Anteil der Schüler in Real-, Gesamtschulen und Gymnasien an den Schülern in %	47,10	43,50	58,20
Höhere Schüler – Ausländer	Anteil der Ausländer an den Schülern in Real-, Gesamtschulen und Gymnasien in %	5,30	7,00	1,40
Studenten	Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen je 1.000 Einwohner	22,20	23,30	18,10
Volkshochschulangebot	Angebote Kurse an Volkshochschulen je 10.000 Einwohner	63,00	71,50	31,40
Lohn	Monatliche Lohn- und Gehalts-summe je Industriebeschäftigtem in DM	5.724	5.902	4.251
Arbeitslosigkeit	Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in % (Arbeitslosenquote)	11,70	9,80	18,20

Arbeitslosigkeits- entwicklung	Prozentpunktedifferenz zur Arbeitslosenquote von 1993	1,80	1,70	2,70
Arbeitslosigkeit – Frauen	Anteil der arbeitslosen Frauen an den Arbeitslosen in %	47,40	44,10	53,20
Arbeitslosigkeits- entwicklung – Frauen	Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Frauen seit 1993 in %	8,80	19,70	-4,30
Arbeitslosigkeit – Ausländer	Anteil der arbeitslosen Ausländer an den Arbeitslosen in %	12,60	17,30	4,10
Arbeitslosigkeits- entwicklung – Ausländer	Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Ausländer seit 1993 in %	41,40	40,50	48,80
Jugend- arbeitslosigkeit	Arbeitslose unter 25 Jahren je 1.000 Einwohner im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	47,00	41,00	65,00
Langzeit- arbeitslosigkeit	Anteil der Arbeitslosen, die mindestens ein Jahr arbeitslos sind, an den Arbeitslosen in %	37,10	38,40	34,70
Ausbildungs- platzdichte	Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen je 100 Nach- frager in %	98,10	100,10	91,90
Tertiärer Sektor	Anteil der sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigten im Tertiären Sektor an den sozialversiche- rungspflichtig Beschäftigten in %	59,80	58,60	64,00
Auslandsumsatz	Auslandsumsatz im Produzieren- den Gewerbe je Beschäftigtem in 1.000 DM (Durchschnitt der letzten fünf Jahre)	91,50	98,40	35,20
Wertschöpfung	Bruttowertschöpfung je Einwohner in DM	39.180	42.954	25.572
Wohnfläche	Wohnfläche je Einwohner in m ²	37,90	38,80	34,20
Wohnflächen- entwicklung	Differenz der Wohnfläche je Einwohner zu 1990 in m ²	3,10	2,40	5,20
Wohnungs- bauförderung	Anteil der geförderten Wohnungen an den fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in %	18,60	17,70	20,40
Wohndichte	Personen je Haushalt	2,21	2,26	2,06

4.3. Die statistische Modellierung der Fragestellung

Der hier gewählte empirische Ansatz beruht auf der statistischen Regressionsanalyse. Das Standardmodell der Regressionsanalyse beruht auf der Methode der kleinsten Quadrate. Hier werden durch die rechnerische Minimierung des aufsummierten quadrierten Abstandes zwischen den beobachteten und den geschätzten Werten für y die optimalen Werte für die Koeffizienten a einer linearen Funktion $y = a_0 + a_1x_1 + a_2x_2 + \dots + e$ ermittelt. Die übliche Annahme der Normalverteilung für e ermöglicht die Anwendung verschiedener einfacher Tests (t -, F -Test) zur Feststellung der statistischen Signifikanz der geschätzten Koeffizienten, d. h. der Verlässlichkeit, dass die Schätzwerte mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit von einem Referenzwert, i.d.R. null, abweichen, dass also die damit verbundenen exogenen Größen tatsächlich einen Einfluss auf y ausüben. Ähnliche Tests und Kenngrößen ermöglichen eine Einschätzung der Qualität des Gesamtmodells bzw. den Vergleich verschiedener Modellspezifikationen (Schneeweiß, 1990: 89 ff.; Gujarati, 1995: 191 ff.).

Das OLS-Modell ist jedoch durch seine Annahmen (Linearität des funktionalen Zusammenhang, Normalverteilung der e und damit der y) in vielen Daten- und Modellsituationen nicht optimal. Entsprechend ist in der statistischen und ökonometrischen Literatur eine Vielzahl alternativer Modelle entwickelt worden, die beispielsweise anstelle der KQ-Methode ein *Maximum-Likelihood*-Verfahren anwenden, das in der Regel nur auf computergestütztem numerischem Weg zu Koeffizientenschätzungen führt. Selbst wenn der grundsätzliche lineare Ansatz weiterverfolgt wird, ergeben sich potentielle Verzerrungsprobleme beim einfachen OLS-Modell. Zu den Standardschwierigkeiten gehören dabei Autokorrelation und Heteroskedastie, die beispielsweise auf eine zeitliche Abhängigkeit der beobachteten y oder das Fehlen wichtiger exogener Variablen zurückzuführen sind (Schneeweiß, 1990: 177 ff.; Greene, 1993: 384 ff.; Gujarati, 1995: 319 ff./355 ff.).

Besonderheiten ergeben sich zudem, wenn bei der Schätzung gleichzeitig Längs- und Querschnittsdaten verwendet werden. Bei sog. Paneldaten handelt es sich um kombinierte Quer- und Längsschnittdaten, die sich im allgemeinen auf private Haushalte oder Unternehmen beziehen, aber auch Regionen (hier Kreise und kreisfreie Städte) als Untersuchungseinheit enthalten können. Im Vergleich zu alternativen Datensätzen weisen Panel i.d.R. sehr viele Beobachtungen auf, was die Zahl der Freiheitsgrade erhöht und das schätztechnische Problem der Kollinearität reduziert. Außerdem kann der Heterogenität von Merkmalsträgern besser Rechnung getragen werden. Insgesamt wird dadurch die Effizienz der Schätzung nennenswert verbessert.

Die Schätzung der einzelnen Koeffizienten kann bei Paneldaten mit Hilfe verschiedener ökonometrischer Verfahren vorgenommen werden. Eine Möglichkeit bietet die oben erwähnte KQ-Methode, die im Ergebnis für alle Regionen identische Verhaltensparameter liefert. Hierdurch kann allerdings der Heterogenitätsbias nicht ausgeschlossen werden, da die Vielfalt der Kreise und der kreisfreien Städte nur unzureichend Berücksichtigung findet. In solchen Situationen sind spezielle Panel-Modelle (*Fixed-Effects- / Random-Effects-Ansatz*) eindeutig überlegen, die die Heterogenität über eine spezielle Formulierung der Konstanten der Schätzfunktion berücksichtigen. Zum einen kann die lineare Spezifikation durch einen zeitinvarianten, individuenspezifischen *Fixed Effect* (d. h. jede Region wird durch eine eigene Dummy-Variable, die als regionsspezifisches Absolutglied interpretiert werden kann, charakterisiert), zum anderen durch einen *Random Effect* (der zufällig aus einer zusätzlichen Verteilung bestimmt wird, d. h. die Konstante wird hier als Zufallsvariable betrachtet) ergänzt werden. Dadurch verbessert sich der Erklärungswert der Schätzung erheblich (Greene, 1993: 444 ff.).

Der hier verwendete Schätzansatz beruht auf einer solchen Weiterentwicklung des einfachen linearen Modells. Das *Feasible Generalized Least Squares Random Effects Panel Model* (FGLS-REPM) vereinigt den Panel-Ansatz mit einer Verallgemeinerung der KQ-Methode. Grundsätzlich geht es beim GLS-Modell darum, die Verzerrungen der normalen OLS-Schätzung zu vermeiden, die durch die Verletzung einer grundlegenden OLS-Annahme, nämlich dass die Varianz von e konstant ist, entstehen. Dazu werden die ursprünglichen Variablen auf der Grundlage einer „Hilfsregression“ der Residuen so transformiert, dass sie wieder den ursprünglichen Annahmen des einfachen Modells gerecht werden. In der Folge sind die geschätzten Parameter des Modells weiterhin unverzerrt und konsistent (Schneeweiß, 1990: 190 ff.; Gujarati, 1995: 362 ff.). Das FGLS-REPM fügt – wie bereits oben erwähnt – dem Modell darüber hinaus noch einen individuenspezifischen Störterm hinzu, der letztlich unbeobachtete oder unbeobachtbare Heterogenität, d. h. individuelle Besonderheiten in den einzelnen Kreisen, abbilden soll. Im vorliegenden Fall wurde der *Random Effects*- dem *Fixed-Effects*-Ansatz vorgezogen, da letzterer durch seine praktische Hinzufügung einer Dummy-Variable für jeden Kreis bei nur zwei Beobachtungswellen (1994 und 1999) sehr viele Freiheitsgrade kostet (Greene, 1993: 469 ff. / 479 ff.). Die in der vorliegenden Untersuchung verwendete Schätzgleichung lautet wie folgt:

$$y_{it} = a_0 + a_1x_{1it} + a_2x_{2it} + \dots + u_i + e_{it} \quad (i = 1, \dots, N; t = 1, \dots, T)$$

Dabei stellt y_{it} die zu erklärende Variable, das heißt der Zweitstimmenanteil der betrachteten Partei in der entsprechenden Region i zum Zeit-

punkt t , dar. Die x_{1it} , x_{2it} , ... stehen für die erklärenden Variablen, u_i bildet den regionsspezifischen Störterm ab und ist konstant über die Zeit. Hausman- und Breusch-Pagan-Tests bestätigen, dass der gewählte Ansatz in unserem Fall dem *Fixed Effects*- bzw. dem einfachen OLS-Modell tatsächlich vorzuziehen ist.

5. Empirische Ergebnisse

Tabelle 3 präsentiert die Resultate der FGLS-REPM-Schätzungen der Determinanten des Wahlerfolges der Rechtsextremen bei den Europawahlen 1994 und 1999 für Gesamtdeutschland. Die beiden zusätzlichen Tabellen geben die entsprechenden Ergebnisse für die alten und die neuen Bundesländer getrennt an. Dabei wird deutlich, dass sich bei der zusammengefaßten Betrachtung von REP und NPD bei einigen, durchaus interessanten Variablen signifikante Unterschiede gegenüber einer getrennten Schätzung für beide Parteien ergeben.

Tabelle 3

Schätzergebnisse für Determinanten des Wahlerfolges in Gesamtdeutschland (Random Effects Panel GLS)

Variable	REP + NPD Bundesweit	REP Bundesweit	NPD Bundesweit
Stadtkreis	0,149 (0,66)	0,279 (1,27)	-0,133*** (3,30)
Ostdeutschland	-2,078*** (2,76)	-1,855** (2,53)	-0,232* (1,75)
Wahl 1994	2,407*** (14,23)	2,613*** (15,83)	-0,199*** (6,82)
Ausländer	0,105* (1,75)	0,104* (1,78)	0,002 (0,19)
Ausländerentwicklung	-0,022 (0,29)	-0,017 (0,23)	-0,005 (0,41)
Jugend	-0,238 (1,63)	-0,239* (1,69)	0,002 (0,09)
Jugendentwicklung	0,161*** (8,78)	0,139*** (7,82)	0,023*** (7,02)
Senioren	0,041 (0,90)	0,023 (0,51)	0,020** (2,49)
Seniorenentwicklung	-0,061*** (3,77)	-0,048*** (3,05)	-0,013*** (4,75)
Sozialhilfeempfänger	-0,016*** (2,89)	-0,016*** (2,90)	-0,000 (0,15)

Sozialhilfeentwicklung	-0,004** (2,36)	-0,004** (2,46)	0,000 (0,51)
Sozialhilfe -Ausländer	-0,035*** (7,72)	-0,033*** (7,31)	-0,002*** (2,89)
Wohngeldempfänger	-0,016*** (3,24)	-0,017*** (3,42)	0,000 (0,44)
Höherqualifizierte	0,035 (1,03)	0,014 (0,41)	0,022*** (3,59)
Höhere Schüler	-0,012 (1,43)	-0,015* (1,84)	0,003* (1,83)
Höhere Schüler – Ausländer	-0,062** (2,22)	-0,061** (2,27)	-0,001 (0,26)
Studenten	-0,002** (1,98)	-0,002 (1,00)	-0,000 (0,94)
Volkshochschulangebot	0,003** (2,06)	0,003** (2,14)	-0,000 (0,04)
Lohn	-0,000** (2,49)	-0,000* (1,82)	-0,000*** (4,19)
Arbeitslosigkeit	0,175*** (4,66)	0,179*** (4,86)	-0,004 (0,64)
Arbeitslosigkeits- entwicklung	0,005 (0,72)	-0,005 (0,67)	0,010*** (7,89)
Arbeitslosigkeit – Frauen	-0,017 (0,98)	-0,004 (0,26)	-0,014*** (4,59)
Arbeitslosigkeits- entwicklung – Frauen	0,001 (0,12)	0,000 (0,03)	0,000 (0,44)
Arbeitslosigkeit – Ausländer	0,103*** (3,99)	0,098*** (3,91)	0,004 (0,91)
Arbeitslosigkeits- entwicklung – Ausländer	0,000 (0,15)	0,000 (0,19)	-0,000 (0,38)
Jugendarbeitslosigkeit	-0,015* (1,85)	-0,018** (2,25)	0,003* (1,86)
Langzeitarbeitslosigkeit	-0,024* (1,87)	-0,032** (2,56)	0,009*** (3,97)
Ausbildungsplatzdichte	-0,022** (1,98)	-0,023** (2,07)	0,001 (0,51)
Tertiärer Sektor	-0,026*** (2,93)	-0,024*** (2,71)	-0,003 (1,58)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 3 (Fortsetzung):

<i>Variable</i>	<i>REP + NPD Bundesweit</i>	<i>REP Bundesweit</i>	<i>NPD Bundesweit</i>
Auslandsumsatz	-0,000 (0,09)	-0,000 (0,11)	0,000 (0,09)
Wertschöpfung	-0,000 (1,01)	-0,000 (0,83)	-0,000 (1,08)
Wohnfläche	0,024 (0,70)	0,032 (0,96)	-0,009 (1,56)
Wohnflächenentwicklung	0,522*** (5,62)	0,446*** (4,93)	0,084*** (5,19)
Wohnungsbauförderung	-0,004*** (2,61)	-0,003** (2,05)	-0,001*** (3,68)
Wohndichte	0,005 (0,29)	0,008 (0,47)	-0,003 (1,11)
Konstante	10,99*** (3,63)	9,59*** (3,26)	1,443*** (2,74)
Wald – χ^2 (35)	1880,81	2098,47	1165,15
<i>Anzahl der Beobachtungen</i>	878	878	878

Hinweis: absolute *t*-Werte in Klammern; „***“, „**“ und „*“ bezeichnen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5- bzw. 10-Prozent-Niveau Ablehnungswahrscheinlichkeit (zweiseitiger Test).

5.1. Resultate der Schätzungen für die Rechtsextremen in Gesamtdeutschland

Wenden wir uns zunächst den Determinanten des Stimmenanteils von REP und NPD in Gesamtdeutschland zu, so zeigt sich, dass von den drei Dummy-Kontrollvariablen zwei in der erwarteten Weise signifikant sind: In den neuen Ländern sind die Rechtsextremen weniger erfolgreich als in den alten und im Zeitverlauf, d. h. zwischen 1994 und 1999 haben die Wahlchancen der Rechtsextremen generell nachgelassen, denn der Dummy für die Europawahl 1994 ist statistisch hochsignifikant positiv. Differenziert man jedoch zwischen REP und NPD, so zeigt sich, dass das Gesamtergebnis wie erwartet vom Einfluss der REP getrieben wird. Für die NPD ergibt sich nämlich dann nicht nur ein signifikant negativer Einfluss in den Städten, sondern – im Gegenteil – eine Zunahme der Attraktivität im Zeitverlauf. Geht man von zumindest graduellen Unterschieden im Erscheinungsbild der beiden Parteien aus, die sich insbesondere im eher rechtskonservativen

Anstrich der REP äußern, deutet dies auf eine Radikalisierung der rechten Wählerschaft hin.

Was die konkreten strukturellen Bedingungen angeht, in denen die Rechtsextremen signifikant besser abschneiden als in anderen, ist es zunächst wenig überraschend, dass ihr Stimmenanteil in Kreisen mit hohem Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung höher ausfällt als in solchen mit einem niedrigen. Überraschend ist jedoch einerseits, dass das Signifikanzniveau des Ausländerbestandes als Determinante rechtsextremistischer Wahlerfolge eher niedrig ist, und dass andererseits die Entwicklung des Ausländerzuzugs in den Jahren zuvor keine Rolle spielt. Dies deutet darauf hin, dass Ausländerfeindlichkeit bei den Wählern der Rechtsextremen kein dynamisches Problem darstellt, indem sich die betreffende deutsche Bevölkerung durch wachsende Zuwanderung in irgendeiner Weise bedroht sieht, sondern dass es generell um die Präsenz von Ausländern ungeachtet ihrer tatsächlichen quantitativen Entwicklung geht. Interessanterweise ist im Fall der NPD, die sich ja durch extrem xenophobe und nationalistische Propaganda auszeichnet, die Präsenz von Ausländern gar nicht signifikant für das Wahlergebnis. Hier bietet sich auf der Basis der in der Literatur berichteten Ergebnisse deutlich eine Interpretation in Richtung der angesprochenen Betonung der perzeptiven bzw. ideologischen Komponente der Wahlentscheidung an.

Bezüglich der Altersstruktur zeigt sich für Gesamtdeutschland, dass Jugendliche im allgemeinen signifikant weniger dazu neigen, REP zu wählen, während sie sich ansonsten nicht von anderen Wählern unterscheiden. Der Effekt ist jedoch dort signifikant und in auffällig starkem Umfang positiv, wo ein starker relativer Zuwachs an Jugendlichen zu verzeichnen ist, und zwar sowohl bei den REP wie bei der NPD. Dies deutet darauf hin, dass es innerhalb der Jugendlichen einen Bruch gibt, und gerade neu hinzukommende Jungwähler im Gegenteil eine große Affinität zu rechtsextremen Parteien entwickeln. Der Anteil der Senioren ist hingegen nicht signifikant für das Abschneiden der REP, auch wenn er die Wahlchancen der NPD erhöht. Im Gegensatz zu den oben geäußerten Vermutungen wirkt sich eine rasche Zunahme des Bevölkerungsanteils der über 65-Jährigen sogar negativ aus.

Überraschend sind die Ergebnisse für die Rolle, die die Sozialleistungen als Indikator für die sozioökonomische Lebenssituation der jeweiligen Kreisbevölkerung spielen. Allen Erwartungen nach sollte der Stimmenanteil der Rechtsextremen dort höher sein, wo sich ein besonders hoher Bevölkerungsanteil an sozial Benachteiligten findet. Eine relativ hohe Zahl von Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern *verringert* die Wahlchancen der Rechtsextremen insgesamt, die der REP jedoch signifikant, während sie auf die NPD keinen signifikanten Einfluss hat. Selbst eine starke Zunahme der

Sozialhilfeempfänger und ein hoher Anteil an ausländischen Sozialhilfebezieher*innen wirken sich im gesamtdeutschen Szenario negativ aus, letzterer selbst für die NPD. Dieses Ergebnis widerspricht offensichtlich diametral dem Argument der sozialen Deprivation, das die öffentliche Diskussion um den Rechtsextremismus noch immer beherrscht und deutet zugleich darauf hin, dass die Einrichtungen des Sozialstaates durchaus einen deutlich dämpfenden Effekt auf die Bereitschaft ausüben, rechtsextrem zu wählen.

Nur bedingt bestätigt werden die Vermutungen bezüglich der Rolle der Bildung. Während das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer generell keinen Einfluss ausübt, Rechtsextreme also grundsätzlich auf allen Niveaus der Bildungsskala der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung zu finden sind, hat die Bildungsinfrastruktur einen eher negativen Effekt. Der Anteil von Schülern an weiterführenden Schulen und insbesondere ein hoher Anteil ausländischer Schüler in diesen Bildungseinrichtungen senkt die Wahlchancen der REP in den betreffenden Kreisen. Insgesamt geht auch von der Zahl der Studenten ein dämpfender Einfluss aus. Dies deutet möglicherweise darauf hin, dass für die Abschwächung rechtsextremer Einstellungen insbesondere auch die perzipierten Zukunfts- (und damit Bildungs-) Chancen der Kinder und die durch schulischen Erfolg demonstrierte Integrationsfähigkeit von Ausländern von Bedeutung sind. Umgekehrt ergibt sich das Kuriosum, dass Investitionen in die Erwachsenenbildung, wie sie gerade in den Aktivitäten der Volkshochschulen ihren Niederschlag finden, den Erfolg der REP eher zu erhöhen scheinen. Dies kann jedoch auch am verhältnismäßig groben Zuschnitt der Variable liegen, die beispielsweise keine weitere Information über die angebotenen Inhalte und den tatsächlichen Teilnehmerkreis beinhaltet. Zu beachten ist ferner, dass die Bildungsvariablen im Fall der NPD ein fast gegenteiliges Bild vermitteln. Nicht nur steigt die Attraktivität der NPD in Kreisen mit einer höher qualifizierten Arbeitnehmerschaft, auch ein höherer Anteil an Schülern in weiterführenden Schulen wirkt sich signifikant positiv auf ihr Abschneiden aus, während die übrigen Größen nicht signifikant sind.

Bei den Effekten der Arbeitsmarktsituation ergibt sich ebenfalls ein differenziertes Bild. Während der Lohn zwar eine signifikante, jedoch größtmäßig sehr geringe dämpfende Wirkung auf die Wahlerfolge der Rechtsextremen insgesamt sowie der REP hat, ist das Niveau der Arbeitslosigkeit von entscheidender Bedeutung. Eine hohe Arbeitslosenquote wirkt, zusätzlich verstärkt durch eine hohe Ausländerarbeitslosenquote, signifikant auf eine Erhöhung des rechtsextremen Stimmenanteils hin. Dies gilt allerdings wiederum nicht für die NPD. Betrachtet man die jeweilige Struktur der Arbeitslosigkeit näher, so fällt zunächst auf, dass die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, d. h. auf dynamische Arbeitsmarkteffekte gegründete Wahrnehmungen und Erwartungen offenbar keinen Einfluss auf die Wahl-

entscheidung für die REP, jedoch sehr wohl auf diejenige für die NPD haben. Eine höhere Ausbildungsplatzdichte verringert lediglich die Chancen der REP.

Überraschend ist jedoch, dass von der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Arbeitslosen kein signifikanter Effekt für die Rechtsextremen insgesamt und die REP ausgeht, während sich aus den oben genannten Ergebnissen eigentlich ableiten lässt, dass im Rahmen typisch männlicher Wertvorstellungen und größerer weiblicher Skepsis gegenüber Rechtsextremen eine höhere Arbeitslosigkeit von Frauen politisch leichter erträglich und damit weniger positiv für den Stimmenanteil der REP sein müsste als Arbeitslosigkeit von Männern. Dies bestätigt sich lediglich für die NPD. Darüber hinaus kommen die Schätzungen zu dem Schluss, dass von einem hohen Anteil jugendlicher und Langzeitarbeitsloser insgesamt sogar ein gegenläufiger, dämpfender Effekt auf den rechten Wahlerfolg ausgeht. Dies mag beispielsweise mit der Resignation von Langzeitarbeitslosen zusammenhängen, die sie weniger für die Agitation der REP mobilisierbar macht als Arbeitslose, die mitten in ihrer Erwerbsbiographie stehen. Allerdings zeigt sich hier ein deutlich gegenläufiger Effekt für die REP gegenüber der NPD. Letztere profitiert nämlich offenbar gerade von der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit mit ihren besonderen Frustrationsfolgen.

Die regionale Wirtschaftsstruktur hat im großen und ganzen nur einen geringen Einfluss auf das rechtsextreme Wahlverhalten. Zwar ergibt sich zumindest für die REP ein signifikant negativer Effekt eines hohen Anteils des Dienstleistungssektors. Insbesondere der Auslandsumsatz und die Wertschöpfung als Indikatoren für die internationalen Verbindungen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sind jedoch klar insignifikant.

Schließlich zeigt der Variablensatz für die Wohnsituation, dass im gesamtdeutschen Kontext ein negativer Effekt von Wohnungsbaufördermaßnahmen zu beobachten ist. Es ergibt sich jedoch zugleich der unerwartete Befund, dass eine generelle Verbesserung der Wohnungssituation durch eine Zunahme der durchschnittlichen Wohnfläche zu einer größeren Affinität für Rechtsextreme führt. Die tatsächliche Wohnfläche und die Wohndichte spielen dabei keine Rolle. Geht man davon aus, dass mit einer Zunahme der durchschnittlichen Wohnfläche im Zuge von Neubauten und Sanierungsmaßnahmen auch die Streuung in den Wohnstandards steigt, verweist dieses Ergebnis auf die Bedeutung des relativen Lebensstandards für die politische Orientierung einer Bevölkerung: Je stärker Ungleichheiten im sozioökonomischen Kontext auftreten, die als Ungerechtigkeiten wahrgenommen werden, desto stärker bildet sich auch bei generell steigendem Wohlstandsniveau mit wachsendem Sozialneid ein traditionell vorgebrachtes Motiv einer rechtsextremen Wahlentscheidung heraus.

5.2. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Nicht nur zwischen REP und NPD ergeben sich nach unseren empirischen Ergebnissen einige Unterschiede, sondern insbesondere zwischen den neuen und den alten Bundesländern sind teilweise gravierende Differenzen in den Determinanten rechtsextremer Wahlerfolge festzustellen. Für Westdeutschland (Tabelle 4) werden zwar die meisten der Resultate der gesamtdeutschen Schätzung weitgehend bestätigt, es sind jedoch einige wichtige Abweichungen im Ergebnis festzustellen.

Tabelle 4

**Schätzergebnisse für Determinanten des Wahlerfolges in den alten Bundesländern
(Random Effects Panel GLS)**

<i>Variable</i>	<i>REP + NPD West</i>	<i>REP West</i>	<i>NPD West</i>
Stadtkreis	0,071 (0,25)	0,115 (0,41)	-0,045 (1,75)*
Ostdeutschland	–	–	–
Wahl 1994	2,855*** (13,52)	2,915*** (13,82)	-0,055*** (3,22)
Ausländer	0,149** (2,06)	0,148** (2,07)	0,001 (0,14)
Ausländerentwicklung	-0,037 (0,45)	-0,035 (0,43)	-0,001 (0,20)
Jugend	-0,358** (1,97)	-0,336* (1,86)	-0,022 (1,33)
Jugendentwicklung	0,100*** (4,45)	0,097*** (4,37)	0,003 (1,54)
Senioren	-0,015 (0,26)	-0,011 (0,18)	-0,002 (0,46)
Seniorenentwicklung	-0,007 (0,37)	-0,003 (0,16)	-0,004** (2,50)
Sozialhilfeempfänger	-0,008 (1,25)	-0,009 (1,32)	0,001 (1,38)
Sozialhilfeentwicklung	-0,005*** (2,73)	-0,005*** (2,82)	0,000* (1,72)
Sozialhilfe – Ausländer	-0,073*** (9,59)	-0,073*** (9,59)	0,001 (1,61)
Wohngeldempfänger	-0,056*** (6,87)	-0,054*** (6,66)	-0,002*** (2,59)

Höherqualifizierte	-0,037 (0,75)	-0,041 (0,86)	0,003 (0,67)
Höhere Schüler	0,006 (0,66)	0,004 (0,44)	0,002* (1,94)
Höhere Schüler – Ausländer	-0,050 (1,63)	-0,051* (1,66)	-0,001 (0,20)
Studenten	0,001 (0,36)	0,001 (0,42)	-0,000 (0,58)
Volkshochschulangebot	0,001 (0,45)	0,001 (0,62)	-0,000* (1,76)
Lohn	-0,000 (1,11)	-0,000 (0,90)	-0,000*** (2,67)
Arbeitslosigkeit	0,364*** (7,01)	0,357*** (6,85)	0,004 (1,08)
Arbeitslosigkeits- entwicklung	-0,139 (1,11)	-0,117 (0,94)	-0,015 (1,37)
Arbeitslosigkeit – Frauen	0,019 (0,92)	0,018 (0,84)	0,001 (0,34)
Arbeitslosigkeits- entwicklung – Frauen	0,010 (1,29)	0,008 (1,10)	0,001 (1,56)
Arbeitslosigkeit – Ausländer	0,122*** (4,05)	0,118*** (3,96)	0,003 (1,08)
Arbeitslosigkeits- entwicklung – Ausländer	0,002 (0,53)	0,002 (0,74)	-0,001** (2,27)
Jugendarbeitslosigkeit	-0,015 (1,44)	-0,018* (1,74)	0,002*** (2,84)
Langzeitarbeitslosigkeit	-0,068*** (4,06)	-0,066*** (3,92)	-0,001 (0,87)
Ausbildungsplatzdichte	-0,012 (0,85)	-0,008 (0,57)	-0,004*** (3,24)
Tertiärer Sektor	-0,016 (1,51)	-0,015 (1,42)	-0,001 (0,86)
Auslandsumsatz	-0,000 (0,23)	-0,000 (0,16)	-0,000 (0,75)
Wertschöpfung	-0,000 (0,44)	-0,000 (0,41)	-0,000 (0,14)
Wohnfläche	0,027 (0,59)	0,025 (0,54)	0,001 (0,20)

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 4 (Fortsetzung):

Wohnflächenentwicklung	0,353*** (3,15)	0,356*** (3,19)	0,003 (0,29)
Wohnungsbauförderung	-0,002 (0,52)	-0,002 (0,58)	0,000 (0,49)
Wohndichte	-0,020 (0,96)	-0,020 (0,94)	-0,000 (0,10)
Konstante	8,399** (2,24)	7,508** (2,01)	0,921*** (2,85)
Wald – χ^2 (34)	2130,36	2159,97	231,94
Anzahl der Beobachtungen	656	656	656

Hinweis: absolute *t*-Werte in Klammern; „***“, „**“ und „*“ bezeichnen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5- bzw. 10-Prozent-Niveau Ablehnungswahrscheinlichkeit (zweiseitiger Test).

Erstens zeigt sich die Jugend im Westen weniger anfällig für rechts-extreme Parteien. Dies wird sowohl in den stärker negativen Effekten des Anteils an Jugendlichen als auch in den kleineren Koeffizienten der Jugendlichenentwicklung deutlich. Auffällig ist insbesondere, dass die NPD offenbar nicht von einer teilweisen Verjüngung der Bevölkerung (und damit der Wahlberechtigten) profitieren kann. Ins Auge fällt auch der in den alten Ländern praktisch nicht vorhandene Effekt höheren Alters: Mit Ausnahme eines weiter bestehenden, jedoch schwächeren Dämpfungseffektes der Seniorenentwicklung sind die entsprechenden Koeffizienten nicht mehr statistisch signifikant.

Zweitens ergeben sich Veränderungen bei den Effekten sozialstaatlicher Transfers auf die Erfolgsbedingungen insbesondere der NPD. Zum einen wirkt sich in ihrem Fall ein hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern, der nunmehr insgesamt insignifikant ist, zwar positiv aus, der Effekt ist jedoch betragsmäßig vernachlässigbar klein. Zum anderen ist der zuvor dämpfende Sozialhilfebezug von Ausländern nun nicht mehr signifikant, dafür jedoch mit gleicher Wirkungsrichtung der Wohngeldempfang.

Drittens verlieren die Qualifizierungsindikatoren an Bedeutung. Dies gilt sowohl für den Anteil der Höherqualifizierten an den Beschäftigten als auch für die schulische wie außerschulische Bildungsinfrastruktur. Immerhin ergibt sich für die NPD ein negativ signifikanter Effekt des VHS-Angebotes, auch wenn dieser größtmäßig praktisch null ist.

Der Faktor Arbeitsmarktsituation entspricht für Westdeutschland im Großen und Ganzen der gesamtdeutschen Situation, differenziert sich

jedoch für die NPD: Sie profitiert in den alten Ländern weder von der Arbeitslosigkeitsentwicklung noch von der Langzeitarbeitslosigkeit. Dafür fällt auch der dämpfende Effekt der Frauenarbeitslosigkeit weg, während sich die Dynamik der Ausländerarbeitslosigkeit und die Ausbildungsplatzdichte sogar negativ signifikant auswirken.

Bei den Effekten der Wohnsituation fällt schließlich fünftens und letztens auf, dass die Koeffizienten der Wohnungsbauförderung generell nicht mehr signifikant sind und dass sich die Wohnflächenentwicklung nur auf die Attraktivität der REP, nicht aber der NPD auswirkt.

Für Ostdeutschland (Tabelle 5) bestätigt sich die resultierende Vermutung einer gewissen Sondersituation im gesamtdeutschen Kontext. Hier ist die NPD in den Städten wie auf dem Land gleich attraktiv, ihre Wahlchancen sind jedoch im Zeitverlauf ebenso gesunken wie die der REP. Dies korrespondiert möglicherweise mit der Etablierung der PDS als linker Protestalternativen in der ehemaligen DDR. Insgesamt zeigt sich, dass in den neuen Ländern weniger sozioökonomische Faktoren einen signifikanten Einfluss auf das Auftreten rechter Wahlerfolge haben. Die Präsenz oder der Zuzug von Ausländern spielt offenbar keine Rolle, während sich bei der Altersstruktur bei REP und NPD gegenteilige Effekte zeigen: Erstere profitieren offensichtlich von einer Zunahme Jugendlicher und verlieren bei den jüngeren Senioren, letztere büßen bei den Jüngeren Stimmen ein und gewinnen bei den Älteren. Der dämpfende Effekt des Sozialhilfebezugs verschwindet fast ganz und ist lediglich noch bei den ausländischen Sozialhilfeempfängern (gerade im Fall der NPD-Ergebnisse) gegeben. Bei den REP und für die Rechtsextremen insgesamt ergibt sich im Gegenteil ein signifikant positiver Effekt der Zunahme von Sozialhilfebezug bzw. des Bestandes an Wohngeldempfängern.

Es zeigt sich ferner, dass es sich bei den für Gesamtdeutschland festgestellten Effekten von höherer Arbeitnehmerqualifikation (signifikant positiv für die NPD), Arbeitslosigkeitsentwicklung (signifikant positiv für die NPD), Frauenarbeitslosigkeit (signifikant negativ für die NPD), Ausbildungsplatzdichte (signifikant negativ für die REP) und Anteil des tertiären Sektors (signifikant negativ für die REP) um typisch ostdeutsche Phänomene handelt. Die Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit wirkt sich für die REP negativ, für die NPD positiv auf die Wahlchancen aus. Zu beachten ist ferner der signifikant negative, jedoch großemäßig verschwindend geringe Effekt einer höheren Wertschöpfung, d. h. einer generellen Zunahme des wirtschaftlichen Wohlstandes. Die Entwicklung der durchschnittlichen Wohnfläche erhöht in Ostdeutschland insbesondere die Stimmenanteile der NPD, während sie in den alten Ländern vor allem den REP zugute kommt.

Tabelle 5

**Schätzergebnisse für Determinanten des Wahlerfolges in den neuen Bundesländern
(Random Effects Panel GLS)**

<i>Variable</i>	<i>REP + NPD Ost</i>	<i>REP Ost</i>	<i>NPD Ost</i>
Stadtkreis	-0,179 (0,54)	0,158 (0,52)	-0,243 (1,20)
Ostdeutschland	–	–	–
Wahl 1994	2,943** (2,27)	1,191 (0,94)	1,751** (2,32)
Ausländer	0,027 (0,32)	0,028 (0,35)	0,002 (0,04)
Ausländerentwicklung	0,667 (1,50)	0,413 (0,94)	0,267 (1,04)
Jugend	0,103 (0,62)	0,083 (0,53)	0,033 (0,33)
Jugendentwicklung	0,075 (0,91)	0,163** (2,08)	-0,096* (1,94)
Senioren	0,096* (1,73)	0,065 (1,26)	0,041 (1,23)
Seniorenentwicklung	-0,107 (1,32)	-0,186** (2,43)	0,082* (1,69)
Sozialhilfeempfänger	-0,009 (0,84)	-0,014 (1,38)	0,004 (0,59)
Sozialhilfeentwicklung	0,003 (1,13)	0,005* (1,79)	-0,001 (0,79)
Sozialhilfe – Ausländer	-0,012** (2,06)	-0,004 (0,66)	-0,008** (2,54)
Wohngeldempfänger	0,010** (2,02)	0,006 (1,39)	0,004 (1,41)
Höherqualifizierte	0,041 (0,98)	-0,008 (0,22)	0,045* (1,79)
Höhere Schüler	0,022 (0,84)	0,001 (0,05)	0,015 (0,96)
Höhere Schüler – Ausländer	0,022 (0,07)	0,004 (0,01)	0,078 (0,44)
Studenten	-0,006 (1,49)	-0,003 (0,68)	-0,003 (1,21)
Volkshochschulangebot	0,005 (1,43)	0,004 (1,28)	0,001 (0,31)

Lohn	-0,000 (0,69)	-0,000 (0,30)	-0,000 (1,07)
Arbeitslosigkeit	-0,005 (0,16)	0,017 (0,51)	-0,023 (1,10)
Arbeitslosigkeits- entwicklung	0,013 (1,45)	0,004 (0,44)	0,012** (2,24)
Arbeitslosigkeit – Frauen	-0,019 (0,76)	0,017 (0,72)	-0,039*** (2,63)
Arbeitslosigkeits- entwicklung – Frauen	0,010 (0,18)	-0,103** (2,02)	0,114*** (3,71)
Arbeitslosigkeit – Ausländer	0,072 (0,54)	0,111 (0,91)	-0,065 (0,81)
Arbeitslosigkeits- entwicklung – Ausländer	-0,026 (0,97)	0,033 (1,29)	-0,060*** (3,94)
Jugendarbeitslosigkeit	0,003 (0,28)	-0,001 (0,15)	0,005 (0,82)
Langzeitarbeitslosigkeit	-0,007 (0,58)	-0,017 (1,41)	0,006 (0,79)
Ausbildungsplatzdichte	-0,024** (2,25)	-0,028*** (2,71)	0,005 (0,88)
Tertiärer Sektor	-0,021* (1,93)	-0,025** (2,49)	0,001 (0,23)
Auslandsumsatz	0,000 (0,16)	-0,001 (0,66)	0,002 (1,32)
Wertschöpfung	-0,000* (1,76)	-0,000* (1,73)	-0,000 (0,20)
Wohnfläche	-0,010 (0,31)	-0,002 (0,06)	-0,017 (0,83)
Wohnflächenentwicklung	1,607* (1,93)	-0,296 (0,36)	1,941*** (4,05)
Wohnungsbauförderung	-0,001 (1,33)	-0,002 (1,57)	0,000 (0,60)
Wohndichte	-0,011 (0,58)	0,008 (0,48)	-0,018 (1,59)
Konstante	-2,682 (0,43)	5,76 (0,96)	-8,069** (2,20)
Wald – χ^2 (34)	457,49	689,01	588,17
Anzahl der Beobachtungen	222	222	222

Hinweis: absolute t-Werte in Klammern; „***“, „**“ und „*“ bezeichnen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5- bzw. 10-Prozent-Niveau Ablehnungswahrscheinlichkeit (zweiseitiger Test).

5.3. Resultat: Wesentliche Determinanten rechtsextremer Wahlerfolge

Fasst man die neun durchgeführten Schätzungen zusammen, so ergibt sich als zentrales Element des Gesamtbildes, dass bei den Determinanten von rechtsextremen Stimmenanteilen bei den Europawahlen 1994 und 1999 klar zwischen west- und ostdeutschen Bedingungen sowie zum Teil zwischen NPD und REP unterschieden werden muss. Stichwortartig konzentriert wird der Wahlerfolg der Rechtsextremen bundesweit insbesondere durch folgende sozioökonomische Faktoren signifikant gefördert:

1. die Lage in den alten Bundesländern (REP und NPD) und im ländlichen Raum (NPD),
2. einen hohen Bestand an Ausländern (REP),
3. eine starke Zunahme jugendlicher Wähler, ausgehend von einem möglichst niedrigen Bestand (REP und NPD),
4. möglichst wenige (!) Sozialleistungsempfänger im betreffenden Kreis (REP),
5. eine verhältnismäßig schlechte Bildungsstruktur, insbesondere in bezug auf den Bildungserfolg von Ausländern (REP), bzw. ein hoher Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten und an höheren Schülern (NPD),
6. ein hohes Niveau kurz- und mittelfristig Arbeitsloser und arbeitsloser Ausländer (REP) bzw. ein hoher Anteil an jugendlichen und Langzeitarbeitslosen (NPD),
7. eine schlechte Ausbildungsplatzsituation (REP),
8. die große Bedeutung des primären und sekundären Sektors in der Wirtschaftsstruktur des Standorts (REP), sowie
9. eine starke Zunahme des verfügbaren Wohnraumes, möglichst ohne Wohnungsbauförderung (REP und NPD).

In Westdeutschland reduziert sich dieser anhand der Schätzungen empirisch belegbare Katalog im wesentlichen auf:

1. einen hohen Bestand an Ausländern (REP),
2. eine starke Zunahme jugendlicher Wähler, ausgehend von einem niedrigen Bestand (REP),
3. möglichst wenige (!) Sozialleistungsempfänger (insbesondere REP, aber auch NPD),
4. eine verhältnismäßig schlechte Schulbildungsstruktur für Ausländer (REP),

5. ein hohes Niveau an Arbeitslosen mit einem hohen Anteil arbeitsloser Ausländer (REP),
6. niedrige Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit (REP) bzw. hohe Jugendarbeitslosigkeit und schlechte Ausbildungsplatzsituation (NPD), sowie
7. eine starke Zunahme des durchschnittlich verfügbaren Wohnraumes (REP).

Demgegenüber wird die Attraktivität der rechtsextremen Parteien in Ostdeutschland durch folgende Faktoren gefördert:

1. eine starke Zu- (REP) bzw. Abnahme (NPD) jugendlicher Wähler,
2. eine starke Zu- (NPD) bzw. Abnahme (REP) älterer Wähler (Seniorenentwicklung),
3. eine starke Zunahme von Sozialleistungsempfängern (insbesondere REP, aber auch NPD) bzw. Abnahme ausländischer Sozialleistungsempfänger (NPD),
4. ein hoher Anteil an höher qualifizierten Beschäftigten (NPD),
5. eine schnelle Zunahme der Arbeitslosigkeit (NPD), ein niedriger Bestand an Frauenarbeitslosigkeit (NPD), die zudem stark zu- (NPD) bzw. abnimmt (REP), eine stark abnehmende Ausländerarbeitslosigkeit (NPD) und eine geringe Ausbildungsplatzdichte (insbesondere REP),
6. eine geringe Bedeutung des tertiären Sektors für die Wirtschaft (REP), sowie
7. eine starke Zunahme des durchschnittlich verfügbaren Wohnraumes (NPD).

Vor diesem Hintergrund erscheint die These von der sozialen Deprivation bzw. der Angst davor (im Zusammenhang mit soziotropischem Wahlverhalten) der rechtsextremen Wähler nur bedingt haltbar. Gerade in ihren Stammländern im Westen der Bundesrepublik basiert die Attraktivität der REP offenbar vor allem auf der Zunahme jugendlicher Erstwähler und Arbeitsloser, die sich noch nicht stillschweigend aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben (oder faktisch aus diesem verdrängt wurden) sowie einer hohen Präsenz von Ausländern. Der negative Effekt von Sozialleistungsempfängern und der Verbesserung der Wohnraumsituation deuten darauf hin, dass es sich bei den REP-Wählern weniger um unmittelbar sozioökonomisch benachteiligte Gruppen handelt, als vielmehr um solche, die durchaus zum Teil eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage konstatieren können, gerade aufgrund dieses materiellen Wohlstandswachstums jedoch besonders anfällig für letztlich vordringlich ideologisch motivierte Verlustängste und Sozialneid sind. Entsprechend wirken sich ein hoher An-

teil von Ausländern (wahrgenommen als potentielle Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt) an der Bevölkerung und an den Arbeitslosen sowie eine Verbesserung der durchschnittlichen Wohnungssituation positiv auf die Affinität zum Rechtsextremismus aus.

Im Fall der NPD entsprechen insbesondere die Effekte der Arbeitslosigkeit weit eher der These der sozialen Deprivation; zugleich erscheinen die Wahlergebnisse der NPD generell eher weniger stark von realen sozioökonomischen Faktoren beeinflussbar zu sein als die der REP. Zusammen mit dem Widerspruch zwischen dem (für sie insignifikanten) Einfluss der tatsächlichen Ausländerpräsenz und der programmatischen Xenophobie deutet dies auf eine noch stärker ideologische Prägung der Wähler der NPD hin, für die letztlich auch die relativ hohe Bedeutung älterer Bürger (im Sinne „Ewiggestriger“) spricht. In den neuen Bundesländern scheint die Rolle der tatsächlichen sozioökonomischen Lage in diesem Gemisch aus rassistisch-kulturell motivierter Ideologie und sozialer Deprivation zumindest in Grundzügen noch bedeutsamer als im Westen zu sein. Gerade anhand des (fehlenden) Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeits- und Ausländersituation und Wahlergebnis der NPD zeigt sich die oben diskutierte Bedeutung der Perzeption des Wählers, die offenbar gerade hier besonders stark ideologisch verzerrt ist und – geht man davon aus, dass die Parteipropaganda eine zentrale Ursache für die konkrete Wahl der NPD ist – stark von den realen Gegebenheiten abweicht.

6. Diskussion: Folgerungen für die demokratische Politik und offene Fragen

Auch wenn die hier vorgestellten Schätzergebnisse aufgrund verbleibender theoretischer und methodischer Fragen noch weiter zu verfeinern sind, deuten sie bereits auf Bereiche hin, in denen sich der Politik der demokratischen Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung rechtsextremistischer Parteien eröffnen. Dabei handelt es sich, dem Gesamtansatz der Untersuchung entsprechend, um sozioökonomische Aktionsfelder, die entsprechend insbesondere im Rahmen einer Berücksichtigung in der regionalen Strukturpolitik relevant sind. Maßgeblich erschwert wird eine erfolgreiche Politik gegen den Rechtsextremismus mit Hilfe sozial- und wirtschaftspolitischer Instrumente nach unseren Ergebnissen dadurch, dass NPD und REP zumindest zum Teil unterschiedliche soziale Gruppen oder Strukturen abdecken. Sie sind daher in der Mobilisierung des rechtsextremen Wählerpotentials nur begrenzt Konkurrenten, sondern wirken, was die letztliche Reaktion der Wähler auf ihre sozioökonomische Umwelt angeht, durchaus in einigen Bereichen komple-

mentär. Zu unterscheiden sind ferner Maßnahmen, die vor dem Hintergrund einer allgemeinen Reduzierung rechtsextremer Stimmen auf Gesamtdeutschland abzielen, und solchen, die sich mit den spezifischeren Bedingungen insbesondere in Ostdeutschland auseinanderzusetzen haben. Aus der bundesweiten Perspektive bieten sich für eine ökonomisch-politische Strategie gegen den Rechtsextremismus drei Politikfelder an, die hier nur andiskutiert werden können: die Bildungs- und Jugendpolitik, die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialpolitik.

Entgegen der eingangs aufgestellten Hypothese deuten unsere empirischen Ergebnisse darauf hin, dass eine Verbesserung der Schulbildung nur beschränkt als geeignetes Mittel zur Reduzierung der wahlpolitischen Relevanz des Rechtsextremismus geeignet ist. Zwar wirkt sich der Zuwachs jugendlicher Neuwähler insbesondere der REP nachteilig im Sinne der Stützung demokratischer Strukturen aus, und die Schätzergebnisse deuten darauf hin, dass verbesserte Bildungschancen, gerade auch für Ausländer und ihren besonderen Integrationsbedarf, einen gewissen dämpfenden Effekt auf die Wahlchancen der REP haben. Zwei Aspekte machen uns jedoch skeptisch gegenüber einer Verbesserung der (Schul-) Bildungschancen als Generalprävention gegen den Rechtsextremismus: Zum einen sind die Größenordnungen, in denen sich die entsprechenden Effekte bewegen, relativ gering. Zum anderen ist insbesondere die NPD in Kontexten erfolgreich, in denen eine verhältnismäßig gute Ausbildung der Bevölkerung gewährleistet scheint. Offenbar ist der Rechtsextremismus auch in Kreisen besserer Bildung durchaus wieder hoffähig, so dass die Bildungspolitik augenscheinlich auch teilweise kontraproduktive Ergebnisse zeitigen könnte oder zumindest wenig hilfreich sein würde.

Anstelle der Verbesserung der Bildungschancen im engeren Sinn scheint es daher aussichtsreicher, generell die Jugendarbeit zu verstärken, um den „Nachwuchs“ an rechtsextremen Wählern zu reduzieren. Es ist nach unseren Schätzergebnissen nämlich nicht davon auszugehen, dass aufgrund der demographischen Struktur der Wähler rechtsextremistischer Parteien ein Teil des extremistischen Wählerpotentials in absehbarer Zeit aufgrund natürlicher Alterung wegfällt. Dies gilt am ehesten noch für die NPD, nicht jedoch in den neuen Ländern. Die Resultate zeigen, dass zumindest Wähler der REP vor allem dort zu finden sind, wo eben keine verhältnismäßig alte Bevölkerung vorherrscht, sondern dass insbesondere Angehörige der aktiven Erwachsenengeneration und eben nicht nur „Ewiggestrige“ rechtsextrem wählen. Hinzu kommt der signifikante Zuwachs der Stimmen von Jungwählern. Vor einer aktiveren Bildungspolitik muss daher eine verstärkte Jugendarbeit zur Erfassung derjenigen Jugendlichen verfolgt werden, die bereits die Schule verlassen haben oder in der Schule nicht mehr effektiv erreicht werden können.

Selbst wenn der Einfluss hoher Arbeitslosigkeit – wie gesehen – sehr differenziert betrachtet werden muss, kommt ihrer Bekämpfung prinzipiell eine große Bedeutung zu. Eine Verringerung der Arbeitslosenzahlen ist mit unterschiedlichen Wirkungen je nach Arbeitslosengruppe generell ein Weg zur Reduzierung rechtsextremistischer Wahlerfolge. Gerade die notwendige Differenzierung der Wirkungen eines Arbeitslosenabbaus und die offenbar zentrale Rolle „kleinbürgerlicher Verlustängste“ unabhängig von ihrem realen materiellen Gehalt demonstrieren jedoch auch, dass in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus liegt, sondern dass sozioökonomische Verbesserungen nur einen Teil der Motivation, extremistisch zu wählen, verringern können. Erneut zeigt sich, dass die NPD-Wähler ein besonderes Problem darstellen: Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Unterstützung konjunkturellen Aufschwungs oder struktureller Modernisierung können möglicherweise solche Arbeitslose in den Arbeitsmarkt reintegrieren, die direkt oder indirekt die Wahl der REP befördern; die NPD-Ergebnisse werden davon jedoch nur relativ schwach berührt werden, nachdem diese kaum auf die allgemeine Arbeitslosenquote reagieren und Langzeitarbeitslose für den Arbeitsmarkt erfahrungsgemäß zumeist dauerhaft verloren sind.

Ein fast durchgängig dämpfender Effekt auf rechtsextremistische Wahlerfolge geht von den Leistungen des Sozialstaates aus, die im empirischen Design der Studie durch Sozialhilfe- und Wohngeldempfang und letztlich auch durch die Wohnbauförderung nachgebildet wurden. Interessanterweise handelt es sich hierbei um keine Versicherungsleistungen, sondern um „echte Umverteilung“. Offenbar sorgt das bestehende soziale Netz der Bundesrepublik dafür, Reduktionen in den absoluten Einkommens- und Versorgungsniveaus sowie insbesondere das Ausmaß relativer sozialer Deprivation soweit in Grenzen zu halten, dass extremistische Reaktionen verringert werden. Damit liegt eine der zentralen, jedoch in der gegenwärtig finanz- und fiskalpolitisch dominierten Diskussion weitgehend vernachlässigten Leistungen des Sozialstaates in seiner Umverteilungsfunktion, die zur Stabilisierung der demokratischen Strukturen in Deutschland beiträgt. Vor diesem Hintergrund erscheint ein faktischer Abbau sozialer Leistungen, wie er unter dem Deckmantel eines „Umbaus des Sozialstaates“ verschiedentlich gefordert wird, als demokratiepolitisch fragwürdig. Es ist daher notwendig, in die ökonomische Debatte um die Zukunft des Sozialstaates auch solche Bedenken einfließen zu lassen, die klar über die Finanzierungs- und Anreizproblematik hinausgehen, gerade aus langfristiger politischer Sicht jedoch entscheidendes Gewicht haben können. Dabei muss wiederum betont werden, dass sich sozialpolitische Maßnahmen generell weniger dämpfend auf die Chancen der NPD auswirken als die der REP.

Wie bereits erwähnt, stellt die vorliegende Studie mit diesen Schlussfolgerungen erst einen Startpunkt für eine detaillierte Ermittlung relevanter sozioökonomisch-struktureller Faktoren in der Parteien- und Wahlforschung zum Rechtsextremismus dar. In diesem Sinne müssen förmlich am Ende der Betrachtung mehr offene Fragen als Antworten stehen. Es ist offensichtlich, dass unsere Ergebnisse mit größter Vorsicht interpretiert werden müssen, und dass man nicht davon ausgehen kann, das Stimmpotential der rechtsextremen Parteien im Sinne einer mechanistischen Politik durch eine einfache Beeinflussung der Modellvariablen tatsächlich ohne weiteres zu verringern. Beispielhaft für eine solche mechanistische Interpretation der Ergebnisse, die es zu vermeiden gilt, ist etwa die statistische Signifikanz der Dummyvariablen für Ostdeutschland: Offenbar lassen sich daraus keine Politikmaßnahmen ableiten, es sei denn, man würde ernsthaft Zwangsumsiedlungen in die neuen Länder propagieren, was offensichtlich absurd wäre.

Die Determinanten der Wahlerfolge der REP und der NPD sind vielmehr offensichtlich so komplex, dass sie nur mittels umfassender wirtschafts- und sozialpolitischer Ansätze tatsächlich bekämpft werden können, und insbesondere im Fall der NPD verbleiben bedeutende Zweifel, inwieweit eine solche Bekämpfung mittels sozioökonomischer Instrumente überhaupt möglich ist. Wir gehen daher davon aus, dass es – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Grundproblematik der „ökologischen“ Analyse und des soziotropischen Wahlverhaltens – darum geht, die strukturellen Bedingungen der rechtsextremistischen Wahlerfolge, sozusagen den sozioökonomischen Nährboden des Extremismus zu reduzieren, wenn schon nicht zu beseitigen. Dies kann jedoch nur im Rahmen einer Gesamtstrategie erfolgen, die zumindest die drei genannten Politikfelder integriert.

Mit einer solchen Strategie wäre, auch wenn sie wie gewünscht funktionieren würde, natürlich keineswegs eine Eliminierung rechtsextremer Einstellungen verbunden. Wie die im Fall der NPD besonders problematische Interpretation der Schätzergebnisse gezeigt hat, spielen andere, weniger materiell geprägte Motive und Perzeptionen ebenfalls eine zentrale Rolle als Determinanten rechtsextremer Wahlentscheidungen und Handlungsweisen. Darüber hinaus sind die Wahlerfolge der rechten Parteien natürlich nicht die einzige Möglichkeit, die Attraktivität oder Bedeutung rechtsextremer politischer Strömungen zu operationalisieren. Eine Alternative wären beispielsweise rechtsextremistische Straftaten, bei denen z. B. auch klar werden würde, dass rechte Einstellungen in Ostdeutschland keineswegs weniger verbreitet sind als im Westen. So weisen Angaben des Bundeskriminalamtes zwar Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt als diejenigen Bundesländer aus, die 1998/99 mit je über 80 Vorfällen die meisten Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen

Hintergrund aufwiesen (bei bundesweit 708 bzw. 746 Gewalt- und 11.049 bzw. 10.037 Straftaten in den beiden Jahren). Bezieht man die Zahl der Gewalttaten jedoch auf je 100.000 Einwohner, so dominieren die fünf neuen Länder, an der Spitze Sachsen-Anhalt mit über 3 und Mecklenburg-Vorpommern mit deutlich über 2,5 Gewalttaten. Nimmt man als Basis jeweils 100.000 Ausländer, so zeigt sich sogar, dass das Risiko, Opfer einer Gewalttat zu werden, in Ostdeutschland (inkl. Berlin) mehr als zehnmal so hoch ist als im Westen (1998: 57,99 gegen 4,56; 1999: 50,28 gegen 5,80). Offenbar ist der Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Ausdrucksformen ein gesamtdeutsches Problem, weniger eines von West- oder Ostdeutschland.

Verschiedene Erweiterungsmöglichkeiten des Studiendesigns sind denkbar und schließen je nach Datenlage und verwendetem ökonometrischen Modell folgende Aspekte ein, die abschließend erwähnt seien:

- den Vergleich der hier ermittelten Resultate mit den Determinanten extremistischer Erfolge bei anderen Wahlen, insbesondere Bundes- und Landtags-, aber auch Kommunalwahlen,
- die Einbeziehung weiterer sozioökonomischer Variablen, etwa zur Abbildung des Einflusses der Kriminalitätssituation auf die Attraktivität rechtsextremer als „Law and Order“-Parteien, wobei sich jedoch die Schwierigkeit ergibt, dass Straftaten selbst wiederum stark von den bestehenden sozioökonomischen Verhältnissen determiniert werden (Entorf / Spengler, 2000a; 2000b),
- die Berücksichtigung von Mobilisierungseffekten, die eine hier aufgrund mangelnder Daten unterbliebene, explizite Modellierung des Einflusses von Nicht- und Protestwählern ermöglicht,
- die Interaktion zwischen links- und rechtsextremistischen Wahlerfolgen, die wegen des methodischen Endogenitätsproblems hier nicht einbezogen wurde,
- die Berücksichtigung der herrschenden Regierungsverhältnisse auf regionaler, Landes- oder Bundesebene, sowie
- die Einbeziehung der strukturellen Voraussetzungen der Parteien für den jeweiligen Wahlkampf vor Ort, beispielsweise durch die Mitgliederzahl in den Kreisverbänden.

Eine Kontrolle einiger dieser Effekte wurde in dieser Studie bereits durch die Auswahl des *Random Effects*-Modells – also durch statistisch-technische Annahmen – vorgenommen. Gerade im Hinblick auf eine praxisorientierte Untersuchung der konkreten Determinanten extremistischer Wahlerfolge mit dem Ziel, strukturpolitische Gegenmaßnahmen aufzuzeigen, sind jedoch weitere detailliertere Informationen wünschenswert. Die verbesserte Bereitstellung solcher Informationen kann letztlich wohl kaum von den sta-

tistischen Ämtern der öffentlichen Hand allein geleistet werden, sondern erfordert ein massiveres Engagement der diversen Forschungs- und Forschungsförderungseinrichtungen im Zuge der angesprochenen Gesamtstrategie gegen den Rechtsextremismus.

Literaturverzeichnis

- Achen, Christopher H. / Shively, W. Phillips (1995): *Cross-Level Inference*. Chicago: University of Chicago Press.
- Armington, Klaus (1995): Der Schweizer Rechtsextremismus im internationalen Vergleich. *Schweizer Zeitschrift für Politikwissenschaft* **1** (4): 41 – 64.
- Arzheimer, Kai / Falter, Jürgen W. (1998): „Annäherung durch Wandel?“ Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte* **52 / 98**: 33 – 43.
- Arzheimer, Kai / Klein, Markus (1997): Die Wählerinnen und Wähler der PDS und der REP in West- und Ostdeutschland. In: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* **8**, Baden-Baden: Nomos, 39 – 63.
- (1999): Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich. Bestandsaufnahme und Zukunftsszenarien. In: Fritz Plasser u. a. (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich*, Frankfurt / Main u. a.: Lang, 31 – 63.
- Backes, Uwe (1990): Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* **20** (1): 7 – 17.
- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz / Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hg.) (2000a): *Verfassungsschutzbericht Bayern 1999*. <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/Publikationen.htm> (August 2000).
- (2000b): *Verfassungsschutzbericht Bayern – 1. Halbjahr 2000*. <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/Publikationen.htm> (August 2000).
- Betz, Hans-Georg (1990a): Post-Modern Anti-Modernism: The West German Republican. *Politics and Society in Germany, Austria and Switzerland* **2** (3): 1 – 22.
- (1990b): Politics of Resentment: Right-Wing Radicalism in West Germany. *Comparative Politics* **23** (1): 45 – 60.
- (1998): Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend? *Aus Politik und Zeitgeschichte* **9 – 10 / 98**: 3 – 12.
- von Beyme, Klaus (1988): Right-Wing Extremism in Post-War Europe. *West European Politics* **11**: 1 – 18.
- Bijlsma, T. / Koopmans, F. (1996): Voting for the Extreme Right in Amsterdam. *Sociologische Gids* **43** (3): 171 – 182.
- Billiet, Jaak / De Witte, Hans (1995): Attitudinal Dispositions to Vote for a „New“ Extreme Right-Wing Party: The Case of „Vlaams Blok“. *European Journal of Political Research* **27** (2): 181 – 202.

- Black, Jerome H.* (1978): The Multicandidate Calculus of Voting: Application to Canadian Federal Election. *American Journal of Political Science* **22**: 609–638.
- Blais, André / Nadeau, Richard* (1996): Measuring Strategic Voting: A Two-Step Procedure. *Electoral Studies* **15** (1): 39–52.
- Bogue, Donald R. / Bogue, Elizabeth J.* (1982): Ecological Correlation Reexamined: A Refutation of the Ecological Fallacy. In: George A. Theodorson (Hg.), *Urban Patterns: Studies in Human Ecology*. University Park: Pennsylvania State University Press, 88–103.
- Borre, Ole / Andersen, Jorgen Goul* (1997): Voting and Political Attitudes in Denmark: A Study of the 1994 Election. Aarhus: Aarhus University Press.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* (Hg.) (div. Jg.): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Bundesamt für Verfassungsschutz* (Hg.) (1999a): Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Agitation, Ziele, Wahlen. Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Bundesamt für Verfassungsschutz / Bundesministerium des Inneren* (Hg.) (1999b): Verfassungsschutzbericht 1998. <http://www.verfassungsschutz.de> (August 2000).
- (2000): Verfassungsschutzbericht 1999. <http://www.verfassungsschutz.de> (August 2000).
- (2000): Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1999. Pressemitteilung vom 04. 04. 2000. <http://www.bmi.de> (April 2000).
- Butterwegge, Christoph* (1999): Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus im Zeitalter der Globalisierung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* **28** (1): 87–89.
- Cain, Bruce E.* (1978): Strategic Voting in Britain. *American Journal of Political Science* **22**: 639–655.
- Childers, Thomas* (1983): The Nazi Voter: The Social Foundations of Facism in Germany, 1919–1933. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Entorf, Horst / Spengler, Hannes* (2000a): Socioeconomic and Demographic Factors of Crime in Germany: Evidence from Panel Data of the German States. *International Review of Law and Economics* **20**: 75–106.
- (2000b): Criminality, Social Cohesion and Economic Performance. Universität Würzburg, Wuerzburg Economic Papers 00–22.
- Falter, Jürgen W.* (1985): Hat Arbeitslosigkeit tatsächlich den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt? *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* **200** (2): 121–136.
- (1987): Pitfalls in scientific model building: Unemployment, the unemployed, and the Nazi vote 1930–1933. In: Hermann Wold (Hg.), *Theoretical Empiricism: A General Rationale for Scientific Model Building*. New York: Paragon House, 183–200.
- (1991): *Hitlers Wähler*. München: Beck.
- (1994): Zur Psychographie der Wähler der Republikaner und der DVU. Probleme, Sorgen und Einstellungen. *Politische Studien* **336**: 68–91.

- Falter, Jürgen W. / Klein, Markus (1994): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München: Beck.
- Falter, Jürgen W. / Schumann, Siegfried (1992): Die Republikaner. In: Peter Eisenmann / Gerhard Hirscher (Hg.), Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland. München: Verlag Bonn Aktuell, 191–228.
- (1993): Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille. Aus Politik und Zeitgeschichte **11 / 93**: 36–49.
- Fascher, Eckhard (1997): Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland. Zeitschrift für Parlamentsfragen **28 (1)**: 21–29.
- Fiorina, M. P. (1981): Retrospective Voting in American National Elections. New Haven: Yale University Press.
- Fisher, Stephen L. (1973): The Wasted Vote Thesis. Comparative Politics **6**: 293–299.
- Flanigan, William H. / Zingale, Nany (1985): Alchemist's Gold: Inferring Individual Relationships from Aggregate Data. Social Science History **9**: 71–92.
- Forschungsgruppe Wahlen (1989): Europawahl. Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament 15. bis 18. Juni 1989. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. **54**, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen.
- Frey, Bruno / Weck, Hannelore (1981): Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt? Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik **196 (1)**: 1–31.
- Friedrichsen, Mike / Schulz, Wolfram / Wolling, Jens (1995): Die Republikaner als Medienereignis. Eine Analyse zum Zusammenhang zwischen Medienaufmerksamkeit und Rechtsextremismus am Beispiel des Wahlkampfes zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 1989. Publizistik **40 (2)**: 129–151.
- Funke, Hajo (1989): „Auszug der Deutschen aus der babylonischen Gefangenschaft“. Über Potentiale, Programmatik und Traditionslinien der „Republikaner“. Blätter für deutsche und internationale Politik **34 (8)**: 937–945.
- Goodman, Leo (1959): Some Alternatives to Ecological Correlation. American Journal of Sociology **64**: 610–624.
- Götz, Norbert (1997): Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin. Zeitschrift für Soziologie **26 (6)**: 393–413.
- Greene, William H. (1993): Econometric Analysis. New York u. a.: Macmillan (2. Aufl.).
- Gujarati, Damodar N. (1995): Basic Econometrics. New York: McGraw-Hill (3. Aufl.).
- Gunther, Richard (1989): Electoral Laws, Party Systems, and Elites: The Case of Spain. American Political Science Review **83**: 835–858.
- Hamilton, Richard F. (1982): Who Voted for Hitler? Princeton: Princeton University Press.
- Hardy, Christiane C. (1994): European Political Parties and the European Union: Some Disintegrating Trends of Integration. World Affairs **157 (1)**: 50–58.
- Hopf, Wulf (1994): Right-Wing Extremism of German Adolescents: No Relation to Social Deprivation? Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie **14 (3)**: 194–211.

- Ignazi, Piero* (1992): The Silent Counter-Revolution. Hypotheses on the Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe. *European Journal of Political Research* **22**: 3–34.
- Infratest dimap* (1999): Europa TREND 1. Welle, Mai 1999, <http://www.infratest-dimap.de/politik/europa99/et1.html> (Oktober 2000).
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz* (Hg.) (1995): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1994, <http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm> (August 2000).
- (1999): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1998, <http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm> (August 2000).
 - (2000): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1999, <http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm> (August 2000).
- Jagodzinski, Wolfgang / Friedrichs, Jürgen / Dulmer, Hermann* (1995): Urban Conflict and Voting Pattern: Some Tentative Generalizations from the Last State Election in Hamburg. *Res Publica* **37** (2): 177–188.
- Johnston, Ron u. a.* (2000): Locating the Altruistic Voter: Context, Egocentric Voting, and Support for the Conservative Party in the 1997 General Election in England and Wales. *Environment and Planning A* **32** (4): 673–694.
- Kinder, D. R. u. a.* (1989): Economics and Politics in the 1984 American Presidential Elections. *American Journal of Political Science* **33** (2): 419–515.
- King, Gary* (1997): A Solution for the Ecological Inference Problem: Reconstructing Individual Behavior from Aggregate Data. Princeton: Princeton University Press.
- Kirchgässner, Gebhard* (1984): Zur Erfassung des Einflusses der Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten mit Hilfe von Wahlfunktionen. In: Manfred Holler (Hg.), *Wahlanalyse*. München: Tuduv, 119–134.
- Klingemann, Hans D. / Pappi, Franz U.* (1972): *Politischer Radikalismus*. München: Oldenbourg Verlag.
- Knigge, Pia* (1998): The Ecological Correlates of Right-Wing Extremism in Western Europe. *European Journal of Political Research* **34** (2): 249–279.
- Kramer, Gerald G.* (1983): The Ecological Fallacy Revisited: Aggregate- versus Individual-Level Findings on Economics and Elections, and Sociotropic Voting. *American Political Science Review* **77** (1): 92–111.
- Krell, Gert / Nicklas, Hans / Ostermann, Anne* (1996): Immigration, Asylum, and Anti-Foreigner Violence in Germany. *Journal of Peace Research* **33** (2): 153–170.
- Kuechler, Manfred* (1994): Germans and „Others“: Racism, Xenophobia, or „Legitimate Conservatism“? *German Politics* **3** (1): 47–74.
- Lepszy, Norbert* (1989): Die Republikaner. Ideologie, Programm, Organisation. *Aus Politik und Zeitgeschichte* **41–42 / 89**: 3–9.
- Lockerbie, B. E.* (1992): Prospective Voting in Presidential Elections: 1956–1988. *American Political Quarterly* **20** (3): 308–325.
- Mayer, Nonna* (1996): Rechtsextremismus in Frankreich: Die Wähler des Front National. *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* **27**, 388–405.
- Mayer, Nonna / Perrineau, Pascal* (1992): Why Do They Vote for Le Pen? *European Journal of Political Research* **22**: 123–141.

- Meijerink, Frits / Mudde, Cas / Van Holsteyn, Joop* (1998): Right-Wing Extremism. *Acta Politica* **33** (2): 165 – 178.
- Meloen, J.D. u. a.* (1988): Authoritarianism and the Revival of Political Racism: Reassessments in the Netherlands of the Reliability and Validity of the Concept of Authoritarianism by Adorno et al. *Political Psychology* **9** (3): 413 – 429.
- Menudier, Henri* (1998): Saxe-Anhalt: Inquiétante Poussée de l'Extrême-Droite. Documents. *Revue des Questions allemandes* **53** (2): 18 – 24.
- Mudde, Cas* (1995): Right-Wing Extremism Analyzed. A Comparative Analysis of the Ideologies of Three Alleged Right-Wing Extremist Parties (NPD, NDP, CP'86). *European Journal of Political Research* **27**: 203 – 224.
- Nannestad, Peter / Paldam, Martin* (1994a): The VP-Function: A Survey of the Literature on Vote and Popularity Functions after 25 years. *Public Choice* **79** (3–4): 213 – 245.
- (1994b): It's the Government's Fault! A Cross-Sectional Study of Economic Voting. Aarhus Institute of Economics Memo 1994 – 1.
- Neu, Viola* (1999): Die PDS 10 Jahre nach dem Fall der Mauer. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Analysen und Positionen).
- (2000): Die PDS im Westen: Zwischen Stagnation und Aufbruch? In: Gerhard Hirscher / Peter Christian Segall (Hg.), *Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven*. München: Hanns-Seidel-Stiftung (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 20), 59 – 87.
- (1994): Europäisches Parlament und öffentliche Meinung. In: Oskar Niedermayer / Hermann Schmitt (Hg.), *Wahlen und Europäische Einigung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 29 – 44.
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate* (Hg.): (1993): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984 – 1992*. München u. a.: Saur.
- Pappi, Franz Urban* (1989): Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* **B21**: 37 – 44.
- Pöttker, Horst* (1996): Politikverdrossenheit und Medien. Daten und Reflexionen zu einem virulenten Problem. In: Otfried Jarren / Heribert Schatz / Hartmut Weßler (Hg.), *Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 59 – 69.
- Rippl, Susanne u. a.* (1998): Sind Männer eher rechtsextrem und wenn ja, warum? Individualistische Werthaltungen und rechtsextreme Einstellungen. *Politische Vierteljahresschrift* **39** (4): 758 – 774.
- Rippl, Susanne / Schmidt, Peter / Schurhoff, Roland / Seipel, Christian* (1991): Determinants of party sympathy for the „Republikaner“: A regional study. *Journal für Sozialforschung* **31** (2): 147 – 162.
- Robinson, W. S.* (1950): Ecological Correlations and Behaviour of Individuals. *American Sociological Review* **15**: 351 – 357.
- Roth, Dieter* (1990): Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand. *Aus Politik und Zeitgeschichte* **37 – 38 / 90**: 27 – 39.
- (1994): Die Europawahl 1989. In: Oskar Niedermayer / Hermann Schmitt (Hg.), *Wahlen und Europäische Einigung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 47 – 62.

- Saalfeld*, Thomas (1993): The Politics of National-Populism: Ideology and Policies of the German Republikaner Party. *German Politics* **2** (2): 177 – 199.
- Schenk*, Michael (1989): Massenkommunikation und interpersonale Kommunikation. In: Max Kaase/ Winfried Schulz (Hg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 406 – 417.
- (1995a): Soziale Netzwerke und Massenmedien. Untersuchungen zum Einfluß der persönlichen Kommunikation. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- (1995b): Wie stark ist die Macht der Medien wirklich? Das persönliche Gespräch als Schutzschild. *forschung. Mitteilungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft* **4** / 1995: 10 – 12.
- Scheuch*, Erwin K. / *Klingemann*, Hans D. (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* **12**: 11 – 19.
- Schmitt*, Hermann (1994): Was war „europäisch“ am Europawahlverhalten der Deutschen? In: Oskar Niedermayer/ Hermann Schmitt (Hg.), *Wahlen und Europäische Einigung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 63 – 83.
- Schneeweiß*, Hans (1990): Ökonometrie. Heidelberg: Physica-Verlag (4. Aufl.).
- Stögbauer*, Christian (2000): The Radicalization of the German Electorate: Swinging to the Right and Left in the Twilight of the Weimar Republic. Manuskript, Seminar für Wirtschaftsgeschichte, Universität München.
- Thränhardt*, Dietrich (1995): The Political Uses of Xenophobia in England, France and Germany. *Party Politics* **1** (3): 323 – 345.
- Torfs*, Koen (1991): Verschillen in Stemgedrag bij Gemeenteraadsverkiezingen en Socio-Economische Kenmerken van Gemeenten. *Res Publica* **33** (2): 205 – 227.
- Westle*, Bettina / *Niedermayer*, Oskar (1992): Contemporary Right-Wing Extremism in West Germany: „The Republicans“ and their Electorate. *European Journal of Political Research* **22** (1): 83 – 100.